

Editorial



Ausgabe 05/2012

Liebe Leserinnen und Leser,

auf der Suche nach Antworten auf die Frage, welche Gruppen von Frauen in Deutschland kinderlos bleiben, rückte in den letzten Jahren vor allem die Gruppe der Akademikerinnen in den Fokus der Diskussion. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde ausgiebig die Frage diskutiert, wie hoch der Anteil kinderloser Akademikerinnen sei. Dabei variierte die Zahl statistisch beträchtlich: Autoren errechneten auf Basis des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes Mitte 2000 einen Anteil von ca. 40 %, während die Analysen des Sozio-oekonomischen Panels im selben Zeitraum von nur 25 % ausgingen. Untersuchungen des BiB konnten 2005 allerdings zeigen, dass die Anteile der kinderlosen Akademikerinnen je nach Kohorte, Altersabgrenzung und Datensatz zwischen 28 und 39 % variierten und die Datensätze der beiden genannten Erhebungen gar nicht so weit auseinander lagen, wenn die Heterogenität der Gruppe der Akademikerinnen berücksichtigt und die gleichen Altersjahre betrachtet wurden. Genaue Zahlen gibt es erst seit der speziellen Geburtenbefragung des Statistischen Bundesamtes 2008, die 30,9 % für die Jahrgänge 1964–1968 ergab.

Bei den höheren Anteilen kinderloser Frauen unter den Akademikerinnen im Vergleich mit Nicht-Akademikerinnen handelt es sich um keine neue Erscheinung. Bereits in den 1970er Jahren konnten solche Unterschiede beobachtet werden. Sie haben sich seither jedoch vergrößert.

Neue Befunde des BiB legen nun den Schluss nahe, dass diese Entwicklung beendet ist. Martin Bujard zeigt in seinem Beitrag, dass in den letzten Jahren ein leichter Anstieg der Geburten der über 35-jährigen Akademikerinnen sichtbar ist und sich die Differenzen der Kinderlosigkeit dadurch leicht verringert haben.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BiB

Die Kinderzahl von Akademikerinnen.

Befunde eines Schätzmodells mit Mikrozensusdaten der Jahre 1982 bis 2011

Wie entwickeln sich derzeit die Kinderzahlen von Akademikerinnen? Geht deren Kinderzahl weiter zurück oder gibt es vorsichtige Anzeichen einer Trendwende? Reduziert sich der Fertilitätsabstand zu den anderen Frauen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Martin Bujard, der die Entwicklung der Fertilität von Akademikerinnen auf der Grundlage von Daten des Mikrozensus der Jahre 1982 bis 2011 analysiert. Da es keine regelmäßigen systematischen Erhebungen der Kinderzahlen von Akademikerinnen gibt, stellt er in seiner Untersuchung ein Schätzmodell vor, dass auch aktuelle Trends des Geburtenniveaus erfassen kann. Im Ergebnis zeigen sich dynamische Entwicklungen, die auch vor dem Hintergrund der familienpolitischen Reformen der letzten Jahre relevant sind. So zeigt sich zum Beispiel, dass die Geburtenraten bei Akademikerinnen in Bewegung geraten sind: Der etwa bis kurz nach der Schwelle zum 21. Jahrhundert reichende Rückgang der geschätzten endgültigen Kinderzahl der 34-jährigen Akademikerinnen ist in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen. Die Daten deuten für West- und Ostdeutschland einen minimalen Anstieg an, wobei noch nicht gesagt werden kann, ob es sich hier bereits um eine Trendwende handelt. (Seite 2)

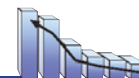


Jung, weiblich, geht: Abwanderung und Geschlechterungleichgewichte in ostdeutschen Landkreisen



Bei der Analyse des demografischen Wandels in Ostdeutschland fällt neben niedrigen Geburtenraten und einer zunehmenden Alterung vor allem eine außergewöhnlich starke Abwanderung insbesondere junger Frauen zwischen 18 und 24 Jahren auf. Eine Folge dieser Tendenz ist ein in manchen betroffenen Regionen auftretendes, hohes Ungleichgewicht bei den Geschlechterverhältnissen, das sich auch demografisch bemerkbar machen wird, da mit den jungen Frauen auch eine künftige Generation von Müttern abwandert. Darüber hinaus wird sich diese Entwicklung auch ökonomisch und sozial bemerkbar machen. Bisher gibt es erst wenige Studien, die sich mit der

verstärkten Abwanderung junger Frauen aus Ostdeutschland besonders auf der kleinräumigen Ebene und im zeitlichen Verlauf beschäftigt haben. Der Beitrag von Susanne Stedtfeld und Stephan Kühntopf analysiert auf der Basis langjähriger Wanderungsdaten auf kleinräumiger Ebene die alters- und geschlechtsspezifischen Migrationsmuster in den ostdeutschen Kreisen, das Ausmaß und die Veränderung über die Zeit und bildet die daraus folgenden Geschlechterdisproportionen ab. Es zeigt sich, dass in vielen ostdeutschen Landkreisen in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen über 20 % weniger weibliche als männliche Personen leben. Zudem nimmt in den neuen Ländern die Diskrepanz zwischen altersgruppenspezifischen Frauendefiziten auf dem Land und Frauenüberschüssen in den Städten weiter zu. (Seite 12)



Martin Bujard (BiB)

Die Kinderzahl von Akademikerinnen.

Befunde eines Schätzmodells mit Mikrozensusdaten 1982-2011¹

Die geringe Kinderzahl von Akademikerinnen ist oft Gegenstand öffentlicher und wissenschaftlicher Diskurse. Wie viele Kinder bekommen Akademikerinnen aktuell? Geht deren Kinderzahl noch weiter zurück? Oder aber reduziert sich der Fertilitätsrückstand zu anderen Frauen? Regelmäßige systematische Erhebungen zur Kinderzahl von Akademikerinnen gibt es zwar nicht, allerdings sind die Werte durch methodische Umwege durchaus schätzbar. In dieser Analyse wird ein Schätzmodell vorgestellt, das auch aktuelle Trends des Geburtenniveaus von Akademikerinnen erfassen kann. Dabei zeigen sich dynamische Entwicklungen, die auch vor dem Hintergrund familienpolitischer Reformen der letzten Jahre relevant sind.

1. Geburtenindikatoren und die Kinderzahl bei Akademikerinnen

Zwei Messkonzepte für Geburtenziffern und ihre unterschiedliche Dynamik: TFR und CFR

Das Geburtenniveau, gemessen mit der Total Fertility Rate (TFR)², liegt in Deutschland seit fast vier Jahrzehnten in einem engen Korridor um 1,3 bis 1,4. Es gibt weltweit kein weiteres Land, in dem die Geburtenrate über einen so langen Zeitraum so konstant niedrig ist. Die Geburtenrate ist etwas höher, wenn man statt der TFR, die ein aktueller, aber auch künstlicher Indikator ist, die Kohortengeburtenziffer (CFR)³ betrachtet. Die Frauenjahrgänge, die in den 1960er Jahren geboren sind, kommen mit abnehmender Tendenz auf 1,5 bis 1,6 Kinder, wenn ihre Fertilitätsbiografie abgeschlossen ist. Um die in diesem Beitrag vorgenommene Analyse zur Kinderzahl von Akademikerinnen besser zu verstehen, werden beide Messkonzepte im Folgenden – auch bezüglich ihrer Stärken und Schwächen – dargestellt.

Der oft verwirrende Unterschied zwischen beiden Geburtenindikatoren liegt am sogenannten Timingeffekt, der besagt, dass die TFR durch das zunehmende Alter der Mütter bei Geburt der Kinder beeinflusst wird und daher in Phasen des Anstiegs des durchschnittlichen Alters der Mütter bei der Geburt etwas niedriger ist. Sowohl 1,38 (die TFR für 2010) als auch 1,50 (die CFR für den Frauenjahrgang 1965) sind also beide „richtige“ Geburtenraten; beide zeigen, dass die Geburtenrate in Deutschland dauerhaft niedrig ist.

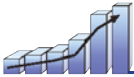
Die Veränderungsdynamik unterscheidet sich jedoch zwischen beiden Indikatoren: In den letzten vier Jahrzehnten ist die TFR sowohl in der BRD bis 1989 als auch in Gesamtdeutschland seit 1990 konstant schwankend um Werte zwischen 1,3 und 1,4. Die CFR ist seit Jahrzehnten leicht rückgängig. Während in den 1930er Jahren geborene Frauen im Durchschnitt 2,13 Kinder haben, sind es bei der Generation der 1940er Jahrgänge 1,83 und bei den 1950er Jahrgängen durchschnittlich 1,68 Kinder pro Frau. Für die jüngste Kohorte, bei der die reproduktive Phase nach strenger Definition (49 Jahre) als abgeschlossen gilt, dem Jahrgang 1961, liegt die CFR bei 1,63 (Statistisches Bundesamt 2012). Da die Geburten von Frauen mit über 40 Jahren gering sind, lässt sich heute bereits die CFR für die 1960er Jahrgänge gut abschätzen: Die CFR wird bis zum Jahrgang 1969 kontinuierlich auf 1,49 zurückgehen und damit ihren Tiefpunkt erreicht haben (Goldstein et al. 2011). Für in den 1970er Jahren geborene Frauen ergeben Schätzungen ein Ende des Rückgangs mit CFR-Werten von 1,5 bis 1,6 (vgl. Goldstein et al. 2011; Pötsch 2010: 32).⁴ Für nach 1971 geborene Kohorten zeigt sich bis zum Jahrgang 1975 ein minimaler Anstieg. Die Schätzungen für die Jahrgänge nach 1976 gehen auseinander, und die weitere Entwicklung der Kohortenraten ist eine spannende Frage. Dies gilt auch für die TFR, allerdings unterliegt sie der Verzerrung durch Timingeffekte.

¹ Der Artikel basiert auf der Expertise des Autors zu „Talsole bei Akademikerinnen durchschritten? Kinderzahl und Kinderlosigkeit in Deutschland nach Bildungs- und Berufsgruppen“, online unter <http://www.bib-demografie.de/akademikerinnen2012>. V.a. die Abschnitte 2-4 sind dieser Expertise entnommen.

² Die zusammengefasste Geburtenrate TFR ist eine Kumulation der altersspezifischen Geburtenziffern für alle Frauen von 15 bis 49 Jahren in einem Kalenderjahr. Vereinfacht gesagt zeigt sie an, wie hoch die durchschnittliche Kinderzahl einer Frau wäre, wenn sie das Geburtenverhalten der Frauen dieses Kalenderjahres in ihrem Leben zeigen würde.

³ Die kohortenspezifische Geburtenrate CFR ist die endgültige Kinderzahl eines Geburtsjahrgangs.

⁴ Nach Extrapolation der altersspezifischen Geburtenrends errechnet Pötsch (2010) einen Wert von etwa 1,5. Demografen der Akademiegruppe „Zukunft mit Kindern“ erwarten eine endgültige Kinderzahl von 1,6 bei den Mitte der 1970er Jahre geborenen Frauen (vgl. Stock et al. 2012). Goldstein et al. (2011) errechnen für den Jahrgang 1975 eine CFR von 1,57.


Tabelle 1: Gegenüberstellung der zentralen Geburtenindikatoren: TFR und CFR

	TFR	CFR
Fachbegriff	Zusammengefasste Geburtenrate	Kohortengeburtenrate
Prinzip	Periodenprinzip	Kohortenprinzip
Aktueller Wert Deutschland	2011: 1,36	Geburtsjahr 1966: 1,52
Entwicklung der letzten 3 Jahrzehnte	konstantes Oszillieren um 1,3 bis 1,4	konstanter Rückgang auf 1,49 (Geburtsjahr 1970), seitdem minimaler Anstieg
Vorteil	aktuell	reeller Indikator, gut interpretierbar
Nachteil	künstlich, schwer interpretierbar, verzerrt durch den Timingeffekt (verändertes Durchschnittsalter bei Geburt von Kindern)	liegt erst für Frauen über 45 bzw. 49 Jahre vor
Spezielle Variante des Indikators bezüglich der genannten Nachteile	tempokorrigierte TFR, wobei der Timingeffekt rausgerechnet wird, so dass nur noch der Quantumeffekt bleibt	Schätzung der endgültigen Geburtenzahl durch die Summe der tatsächlichen Geburtenzahl im Alter X plus eine Schätzung der noch zu erwartenden Geburten ^{***}

*** Diese Variante wird im Folgenden für die Analyse der Kinderzahl von Akademikerinnen verwendet.

In der Öffentlichkeit erfährt die TFR die größte Beachtung, was auch daran liegt, dass sie sich als Periodenkennzahl auf ein aktuelles Jahr bezieht und daher aktueller wirkt. Die CFR ist dagegen leichter zu interpretieren: Während die TFR ein künstlicher Indikator ist, zeigt die CFR an, wie viele Kinder Frauen eines bestimmten Jahrgangs durchschnittlich zur Welt gebracht haben. Je nach Fragestellung haben beide Indikatoren ihre analytischen Vorteile.

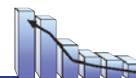
Die aktuelle TFR ist die für das Jahr 2011: 1,36. Doch was ist die aktuelle CFR? Endgültige Kohortenraten liegen erst vor, wenn der Jahrgang die Geburtenbiografie abgeschlossen hat. Die strenge Definition wartet bis zum Alter von 49 Jahren, demnach ist die Antwort 1,63 für den Jahrgang 1961. Fast genau so sicher ist der Wert des Jahrgangs 1966 mit 1,52. Aber auch Schätzungen der endgültigen Geburtenzahl für 35- oder 40-jährige Frauen sind relativ genau. Da jedes Jahr andere Kohorten genannt werden, mal im 5-Jahres-Durchschnitt, mal geschätzt, ist dies oft verwirrend. Auch sieht der Bezug zum Geburtsjahr (z.B. 1966) für manche/n Leser/in weniger aktuell aus als der Bezug zum Jahr der Messung (z.B. 2011). Eine veränderte Darstellung könnte hier zu einem besseren Verständnis in der Öffentlichkeit beitragen. Bei Schätzungen könnte die CFR für Frauen eines bestimmten Alters wie 34 oder 40 Jahre für aktuelle Jahre dargestellt werden, um die Aktualität zu verdeutlichen. Auf jeden Fall sind beide Messkonzepte, CFR und TFR, relevant für demografische Trends.

Geburtenentwicklung bei Akademikerinnen

Hinter diesen beiden üblicherweise zitierten Geburtenraten verbergen sich interessante Entwicklungen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Vor allem sind die Veränderungen bei den Kinderzahlen von Akademikerinnen interessant – und zwar aus mehreren Gründen:

- In dieser Gruppe hat der Geburtenrückgang besonders früh eingesetzt. Bereits in Zeiten des Babybooms Ende der 1950er Jahre gab es viele Akademikerinnen, die berufsorientiert waren und aufgrund der erschwerten Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf Kinder verzichtet haben.
- Während der Anteil kinderloser Frauen insgesamt bei 21,7 Prozent liegt, beträgt der Wert für Frauen mit einer Fach- oder Hochschulreife 27,9 Prozent, der von Akademikerinnen – also Frauen mit Hochschulabschluss – liegt mit 30,0 Prozent (Westdeutschland 32,3) noch höher.⁵ Lange Zeit kursierten überhöhte Zahlen zur Kinderlosigkeit durch die Presse, die auf problematischen Annahmen bei den Berechnungen basierten (vgl. Scharein/Unger 2005).
- Aufgrund der Bildungsexpansion ist der Anteil der Akademikerinnen enorm gestiegen. Daher wird die Gruppe zunehmend relevant für gesamt-demografische Entwicklungen. Zudem werden die Bedürfnisse dieser beruflich hochqualifizierten Frauen öffentlich vermehrt wahrgenommen, was mit dem Fachkräftemangel in der deut-

⁵ Beides bezogen auf die Jahrgänge 1964-1968. Datenquelle: Statistisches Bundesamt (2010), S. 10, 17 und 19. Vgl.: Dorbritz (2005), Duschek/Wirth (2005).



schen Wirtschaft zusammenhängt. Je nach Berufen variiert die Kinderzahl und der Anteil kinderloser Frauen und Männer erheblich (siehe auch: Bujard 2012).

- Viertens ist ein Blick auf die Familiengründungen von Akademikerinnen auch daher interessant, weil das demografische Phänomen nachholender Geburten (Recuperation) bei Akademikerinnen in Deutschland auffällig ist (siehe Kapitel 2). Viele Demografen sehen den Geburtenrückgang auch als einen Prozess des Aufschiebens von Geburten, die dann gegebenenfalls im Alter von über 30 bzw. über 35 Jahren nachgeholt werden (auch als Recuperation bezeichnet). Inwieweit diese Entwicklung in Deutschland zu einem Anstieg der Geburtenraten führen kann, ist eine spannende Frage.
- Nicht zuletzt trägt das Elterngeld in besonderem Maße dem Bedarf von Akademikern Rechnung. Auch wenn demografische Effekte primär zeitverzögert und im Zusammenspiel mehrerer Maßnahmen auftreten (Bujard 2011), lohnt sich ein Blick auf die spezielle Zielgruppe des Elterngeldes – die Akademikerinnen. Zwar hat der Gesetzgeber keine demografischen Ziele für das Eltern-

geld formuliert (Deutscher Bundestag 2006), jedoch wird dessen Wirkung in den Medien wie teilweise auch in der Politik daran gemessen.

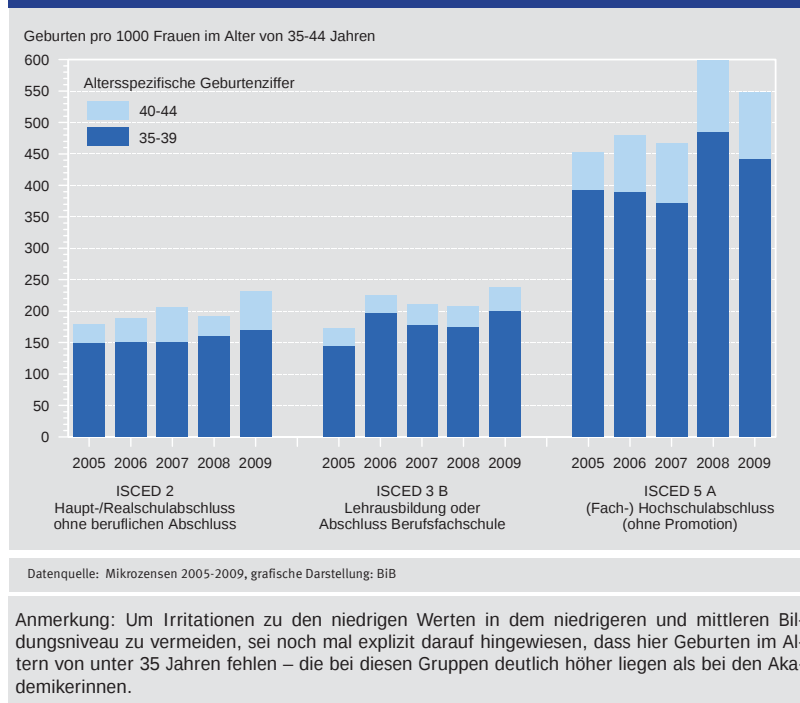
2. Ein Schätzmodell zur Fertilität von Akademikerinnen

Idee, Datenbasis und Recuperation

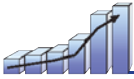
Ausgangspunkt dieser Analyse ist ein Befund aus dem Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) zu den Wirkungen des deutschen Elterngelds, wonach zwischen 2005 und 2009 ein deutlicher Anstieg der Geburten der über 35-jährigen Akademikerinnen (Recuperationprozess) sichtbar ist. Die Abbildung 1 vergleicht die altersspezifischen Kinderzahlen der 35- bis 44-jährigen Frauen nach Bildungsabschlüssen für die Jahre 2005 bis 2009, die anhand der Mikrozensus berechnet wurden. Dabei sind die altersspezifischen Kinderzahlen für Frauen im Alter von 35-39 und 40-44 Jahren kumuliert, wobei die Balken anzeigen, wie viele Kinder auf 1.000 Frauen im Alter von 35-44 Jahren im jeweiligen Jahr geboren wurden. Die Daten zeigen einen deutlichen Sprung bei den Frauen mit Hochschulabschluss (gemäß dem internationalen Standard ISCED⁶ 5 A) zwischen 2007 und 2008. Während in den Jahren 2005-2007 auf 1.000 dieser hochqualifizierten und über 35-jährigen Frauen 453, 479 und 467 Kinder geboren wurden, waren es 2008-2009 598 und 548.

Dieser Anstieg ist bemerkenswert. Ob diese Entwicklung ein kurzfristiger Ausreißer ist oder ein nachhaltiger Trend, ist die zentrale Frage und die Grundidee dieser Analyse. Dafür wurden hier die neuesten Zahlen der Mikrozensus 2010 und 2011 herangezogen, ebenso wie die Entwicklung seit 1982. Das Forschungsdesign sieht folglich eine Analyse des Zeitraums von 1982-2011 vor, also einer Epoche von drei Jahrzehnten. Dabei werden Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland geprüft. Diese sind denkbar, da die Kohortengeburtenrate auch nach 1990 in Ostdeutschland von der ab-

Abb. 1: Recuperation ab dem Alter 35 nach Bildungsabschluss



⁶ ISCED steht für "International Standard Classification of Education". Sie wurde von der UNESCO in den 1970er Jahren eingeführt und seitdem weiterentwickelt. Hier wird die 1997er-Version verwendet (vgl. http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/isced_1997.htm). Zur Operationalisierung der ISCED für den Mikrozensus siehe: Schroedter et al. (2006).



weichenden Geburtenentwicklung in der DDR beeinflusst ist, die Betreuungsinfrastruktur sich erheblich unterscheidet und auch kulturelle Unterschiede zu erwarten sind. Berlin ist ausgeklammert, da Änderungen der Stadtbezirkserhebung und Binnenwanderungen eine nach neuen und alten Bundesländern differenzierte Betrachtung erschweren. Dabei wird die Geburtenentwicklung von Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen gegenübergestellt. Akademikerinnen sind demnach alle Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss sowie promovierte Frauen (ISCED 5A und 6).

Das Phänomen der aufgeschobenen und später im Lebenslauf nachgeholten Geburten (Postponement und Recupération) haben Demografen für alle Industrieländer festgestellt (vgl. u.a. Sobotka et al. 2011). Die Geburten von über 30-jährigen Frauen steigen in den meisten Ländern an. Da bei Akademikerinnen der Berufseinstieg durch die lange Ausbildung verzögert ist, verwundert es nicht, dass die altersspezifischen Geburtenraten von über 35-Jährigen bei den Akademikerinnen besonders hoch sind. Die andere Seite der Medaille dieses Anstiegs ist der Rückgang der Geburten bei jüngeren Frauen. Die Geburtenraten insgesamt steigen dann, wenn die nachgeholten Geburten bei älteren Frauen (über 30 bzw. 35 Jahre) den Rückgang der Geburten der jüngeren Frauen (unter 29 bzw. 34 Jahre) überkompensieren.

Allerdings lassen sich für Akademikerinnen keine sinnvoll interpretierbaren altersspezifischen Geburtenraten für jüngere Frauen errechnen. Die Ursache für dieses methodische Problem ist offenkundig: Betrachtet man alle heute 25-jährigen Frauen, weiß man nicht immer, welche davon später einen Hochschulabschluss haben und welche nicht. Selbst bei 30-jährigen sind einige noch als Nichtakademikerinnen klassifiziert, die ein paar Jahre später einen Hochschulabschluss machen. Insofern ist die hier gezogene Grenze zwischen 34 und 35 Jahren plausibel, da man davon ausgehen kann, dass die Zahl der Frauen, die danach erst einen Hochschulabschluss machen, gering und damit statistisch vernachlässigbar ist.

Zur grafischen Darstellung des Schätzmodells CFR34+ in den Abbildungen 2-5

Bei der in dieser Studie vorgenommenen grafischen Darstellung des Schätzmodells wird auf der horizontalen Achse die Jahreszahl angegeben, auf die sich die Messung der Daten bezieht. Dies mag zu Missverständnissen führen, daher sei nochmals betont, dass hier zwei verschiedene Teilindikatoren abgebildet sind: Der Bestand bereits geborener Kinder von 34-jährigen Frauen im entsprechenden Jahr und die Veränderung, also die in diesem Jahr geborenen Kinder der 35- bis 44-jährigen Frauen. Ein Interpretationsbeispiel: Wenn das Schätzmodell für 2011 eine Geburtenrate bei Akademikerinnen in Westdeutschland von 1,34 anzeigt, ist die Kohortengeburtenrate der 34-jährigen Frauen in 2011 0,83 und die Summe der altersspezifischen Geburtenraten für 35- bis 44-Jährige 0,51. Akademikerinnen des Jahrgangs 1977 (Jahr 2011 – Alter 34 Jahre) werden demnach am Ende ihrer reproduktiven Phase (mit 45 Jahren) im Durchschnitt 1,34 Kinder haben, wenn sie ähnlich viele Kinder nach dem 35. Geburtstag bekommen, wie es im Jahr 2011 der Fall war. Für Nichtdemografen mag dies schlicht die aktuellste Geburtenschätzung von Akademikerinnen sein. Demografen dagegen können beide Komponenten separat interpretieren, da ASFR und CFR jeweils transparent ablesbar sind.

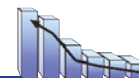
Annahmen und Interpretation des Schätzmodells

Das begrenzte Wissen über aktuelle Geburtenentwicklungen von Akademikerinnen beruht auch auf methodischen Problemen. Diese werden hier kurz skizziert, und es wird ein pragmatischer Lösungsansatz vorgestellt, der zeitnahe Geburtenentwicklungen von Akademikerinnen abbildet. Die Befunde dazu werden dann in Kapitel 2 vorgestellt.

Um die Geburtenzahl von Akademikerinnen zu erhalten, kann man, wie gezeigt wurde, nicht den Periodenindikator TFR benutzen. Für die Kohortenziffer CFR ist dies prinzipiell zwar möglich. Allerdings gibt es auch hier zwei Probleme:

- Zum einen werden im Mikrozensus nur Daten zur Kinderzahl im Haushalt erhoben. Andere Datensätze sind jedoch zu klein bzw. haben nicht die notwendigen Bildungsinformationen.⁷ Bis zum Alter von etwa 40 Jahren entspricht

⁷ Eine Ausnahme ist die Befragung des Mikrozensus zur Geburt leiblicher Kinder, die in Deutschland erstmalig im Jahr 2008 vorgenommen wurde und zukünftig alle vier Jahre erfolgen soll. Die Fallzahl des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ist etwa 20-fach kleiner als der Mikrozensus, so dass sich altersspezifische Geburtenziffern von Akademikerinnen nicht berechnen lassen. Die amtliche Statistik weist nicht die ISCED-Werte der Eltern auf.



der Indikator Kinderzahl im Haushalt weitestgehend der Kohortengeburtenrate, bei älteren Frauen wird letztere durch erstere unterschätzt, da einige Kinder von 42- bis 45-jährigen Frauen bereits aus dem Elternhaushalt ausgezogen sind.

- Die finale Kohortengeburtenrate liegt aber erst dann vor, wenn die Geburtenbiografie biologisch abgeschlossen ist, also mit 45 (bzw. 49) Jahren. Mit dieser Kennziffer hätte man im Jahr 2012 nur die Information über Akademikerinnen, die vor 1966 geboren sind. Über die Jahrgänge, in denen gegenwärtig Veränderungen stattfinden, hätte man so keine Informationen und müsste dafür ein Jahrzehnt warten. Für politische Entscheidungen wäre dies fatal.

Beide Probleme können dadurch gelöst werden, dass man die Kohortengeburtenrate mit der Periodengeburtenrate quasi kombiniert. Die Kohortengeburtenrate, bezogen auf die Kinderzahl im Haushalt der 34-jährigen Frauen, wird mit den altersspezifischen Fertilitätsraten (ASFR) der 35- bis 44-jährigen Frauen addiert, wodurch sich das Schätzmodell CFR34+ ergibt. Allerdings werden Perioden- und Kohortenindikatoren in der Demografie aus gutem Grunde getrennt. Daher wird das Schätzmodell nicht als Kombimodell bezeichnet, da es so nicht sinnvoll interpretierbar wäre. Vielmehr wird es so interpretiert, dass es die endgültige Geburtenzahl der 34-jährigen Kohorte schätzt. Grundlage dafür ist die Annahme, dass bei den 34-jährigen Frauen die Geburten im Alter von 35 bis 44 Jahren so hoch ausfallen, wie sie aktuell bei den Frauen im entsprechenden Alter sind. Dieses Vorgehen ähnelt der „Freeze-Methode“ (Frejka/Calot 2001). Wohlgemerkt: Die Annahme, dass die altersspezifischen Geburtenraten konstant bleiben, ist pragmatischer Natur. Aus demografischer Perspektive ist eine gewisse Dynamik zu erwarten; deren Berechnung durch Trendinterpolation wäre jedoch kompliziert und würde die Interpretierbarkeit für Nicht-Demografen erschweren. Zudem würde es relativ wenig an der Höhe der Geburtenrate nach dem Schätzmodell CFR34+ ändern, da der weitaus größte Teil der Kinder bereits geboren ist. Bei anderen Fragestellungen und anderen Daten prognostiziert die lineare Trendinterpolation etwas genauere Werte. Sie ist hier jedoch weniger hilfreich, da das Trendmuster (der ASFR 35-44) der letzten 10 Jahre bei Akademi-

kerinnen gewissen Schwankungen unterliegt, v.a. der leichte Rückgang 2010 und 2011. Dazu kommt, dass die altersspezifischen Geburtenraten der 35- bis 37-jährigen Frauen, die weitaus höher sind als für die 40- bis 44-jährigen, bereits in den nächsten drei Jahren relevant werden. Der Vergleich zwischen der dynamischen und der Freeze-Methode zeigt für diese Kohorten in Deutschland insgesamt relativ ähnliche Ergebnisse (vgl. Goldstein et al. 2011).

Sicherlich ist weitere Forschung notwendig, um dieses Schätzmodell mit dynamisierten Modellen zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Es hat Grenzen, da die altersspezifischen Geburtenraten der über 35-Jährigen sich in Zukunft verändern könnten. Steigen sie beispielsweise an, unterschätzt das Modell die Geburtenrate entsprechend. Aber auch dynamisierte Schätzmodelle beruhen auf Annahmen, die zu Verzerrungen führen können, und der potenzielle Schätzfehler ist relativ klein verglichen mit den Vorteilen des Schätzmodells. Denn hier dient es der Kenntniserweiterung über aktuelle Geburtenentwicklungen von Akademikerinnen, und es beruht auf klaren, leicht verständlichen und damit transparenten Annahmen.

3. Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen in Westdeutschland

Betrachtet man einen längeren Zeitraum⁸, zeigt sich für Westdeutschland ein kontinuierlicher Geburtenrückgang bei Akademikerinnen. Im Jahr 1982 lag die Geburtenrate des Schätzmodells⁹ bei Akademikerinnen bei 1,50 – also 1.500 Kinder pro 1.000 Frauen. Im Jahr 1991 lag sie bei 1,42 und bis zum Jahr 2000 war sie deutlich weiter auf 1,32 gesunken (siehe Abbildung 2). Im Jahr 2010 lag sie wieder etwas höher bei 1,39. Der Geburtenrückgang bei Akademikerinnen ist demnach also gestoppt, es ist sogar eine leichte Erholung – allerdings auf niedrigem Niveau – zu konstatieren. Etwas anders ist der Befund bei der weitaus größeren Gruppe der Nichtakademikerinnen. Hier gibt es einen kontinuierlichen leichten Rückgang der Geburtenraten mit Werten von 1,73 (1982), 1,70 (1991), 1,65 (2000) und 1,64 (2010). Die Geburtenraten der Nichtakademikerinnen liegen damit um 0,23 bis 0,33 über denen der Akademikerinnen. Abbildung 2 zeigt zudem, dass bei Akademikerinnen die Kinderzahl der 34-Jährigen erheblich zurückgegangen ist, während der An-

⁸ Die Daten für Westdeutschland beziehen sich hier auf die BRD bis 1990 und auf die alten Bundesländer ohne West-Berlin nach 1990.

⁹ Genau genommen bezieht sich der Wert im Jahr 1982 auf die Kohorte des Jahrgangs 1948 und deren Schätzung der endgültigen Kinderzahl, basierend auf den altersspezifischen Geburtenraten der 35- bis 44-jährigen Frauen 1982. Der Einfachheit halber wird diese Rate nach dem Jahr der Datenerfassung benannt, also als Geburtenrate 1982. Vgl. auch Abschnitt 2.

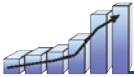
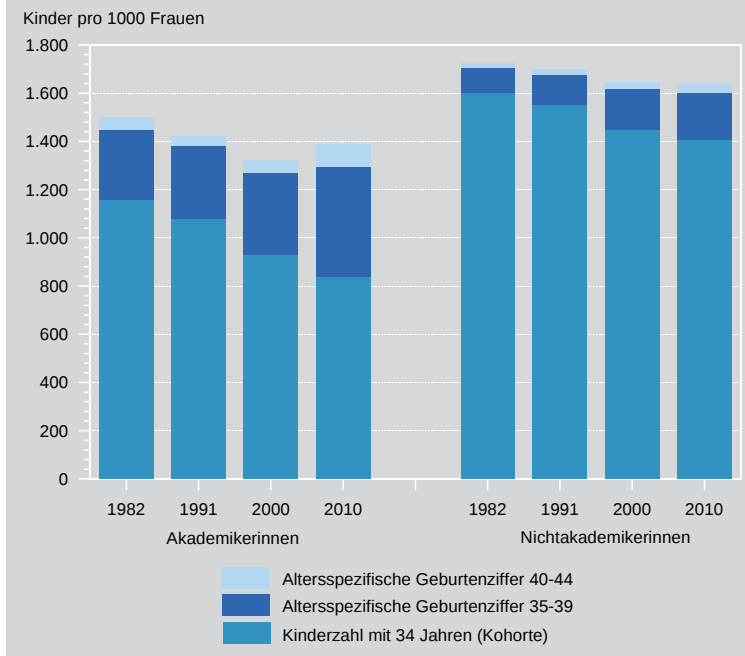


Abb. 2: Geschätzte endgültige Kinderzahl der 34-jährigen Frauen nach Bildungsabschluss 1982-2010 in Westdeutschland



Datenquelle: Mikrozensus 1982-2010, eigene Berechnungen, grafische Darstellung: BiB

teil der Geburten der über 35-Jährigen seit dem Jahr 2000 deutlich angestiegen ist. Dieser Recuperationprozess ist – auch bei dem Altersteiler bei 34/35 Jahren – exemplarisch für die demografischen Verschiebungen, die sich in vielen

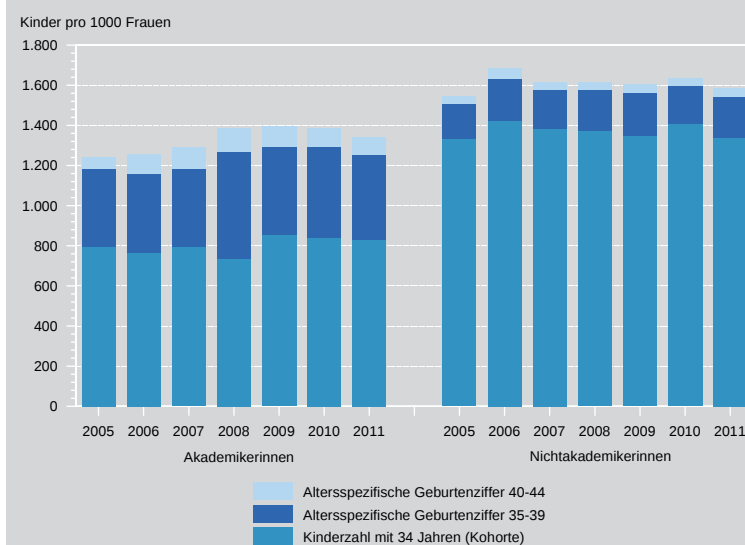
Industrieländern hinter dem groben Indikator der TFR verbergen.¹⁰ Einen ähnlichen, jedoch weitaus schwächeren Trend kann man bei den Nichtakademikerinnen sehen.

Um nun die aktuelle Entwicklung der Geburtenraten zu beleuchten, ist das Schätzmodell für jedes einzelne Jahr von 2005 bis 2011 berechnet worden (siehe Abbildung 3). Zwischen 2005 mit einer Geburtenrate von 1,24 und 2011 mit 1,34 scheint es bei Akademikerinnen auf den ersten Blick einen leichten Anstieg zu geben. Jedoch zeigen der minimale Rückgang von 2011 zu 2010 ebenso wie der hohe Anteil von Geburten über 35-jähriger Akademikerinnen 2008, dass es auch immer wieder Schwankungen gibt und man einen längeren Zeitverlauf betrachten muss, um sichere Aussagen zum Trend machen zu können. Zumindest verdeutlicht dieser Befund, dass der Rückgang der Geburten der bis 34-jährigen Akademikerinnen gestoppt ist. Inwiefern der weitere Anstieg der nachholenden Geburten sich in den nächsten Jahren fortsetzt und damit zu einem Gesamtanstieg beiträgt, bleibt

spannend. Die Zukunft wird also zeigen, ob diese Befunde für westdeutsche Akademikerinnen eine Trendwende oder nur ein Trendende bedeuten.

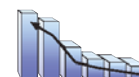
Die Abbildung ermöglicht auch einen Vergleich mit den Nichtakademikerinnen in Westdeutschland. Im Unterschied zu den Akademikerinnen ist die Entwicklung hier sehr konstant. Zwischen 2005 und 2011 schwankt das Schätzmodell um 1,6 Kinder pro Frau. Auch bezüglich der Relationen von Geburten jüngerer und älterer Frauen ist kein Trend erkennbar. Ein zentraler Unterschied sollte hier nochmals betont werden: Im Jahr 2011 brachten 1.000 Nichtakademikerinnen 243 Kinder mehr zur Welt als ihre Altersgenossinnen mit Hochschulabschluss. Diese Differenz ist auch im internationalen Vergleich sehr groß. Dies unterstreicht die wissenschaftliche Notwendigkeit, die Fertilität von Akademikerinnen exakt zu analysieren ebenso wie die politische Aufgabe, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie speziell für diese Zielgruppe zu verbessern. Als einer von mehreren Bausteinen dafür könnte sich durchaus das Bundeselternteil- und Elterngeldgesetz (BBEG) erweisen.

Abb. 3: Geschätzte endgültige Kinderzahl der 34-jährigen Frauen nach Bildungsabschluss 2005-2011 in Westdeutschland



Datenquelle: Mikrozensus 2005-2011, eigene Berechnungen, grafische Darstellung: BiB

¹⁰ Für eine Einführung siehe: Fürnkranz-Prskawetz et al. 2012: 156-161.



4. Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen in Ostdeutschland

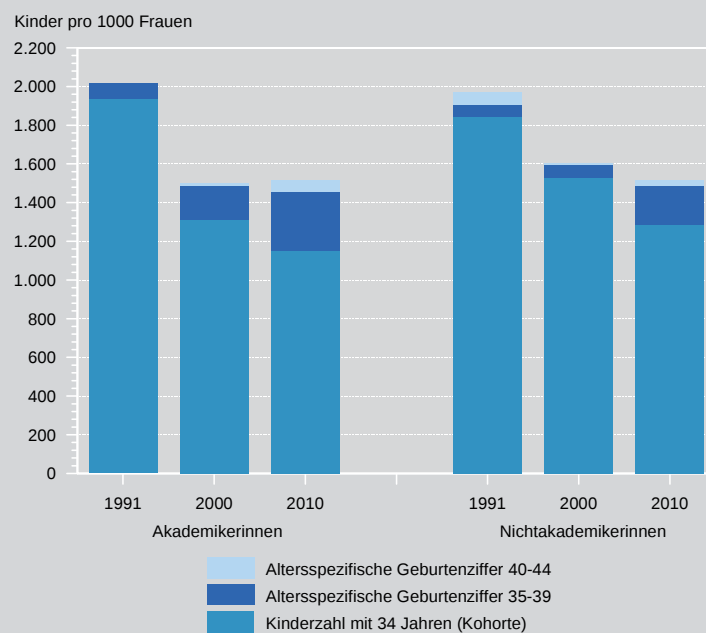
Bei der Analyse Ostdeutschlands von 1991 bis 2010, die in Abbildung 4 dargestellt ist, fällt zunächst die hohe Geburtenrate im Jahr 1991, also bezogen auf die Kohorte 1957, auf. Die periodische Geburtenrate TFR ist in den Jahren nach der Wiedervereinigung bekanntlich auf extrem niedrige Werte gefallen (vgl. BiB 2012). Dieses Erbe geburtenstarker Jahrgänge aus der DDR-Zeit wirkt sich – mit abnehmender Tendenz – auf alle Werte für die 1990er Jahre dieses primär kohortenbasierten Schätzmodells aus.

Aussagekräftig für die ostdeutsche Entwicklung der Geburtenraten im wiedervereinigten Deutschland ist der Vergleich der Jahre 2000 und 2010. Bei den Akademikerinnen ist die Geburtenrate mit 1,50 und 1,52 konstant geblieben, wobei ein Rückgang der Geburten der bis 34-Jährigen von einer Zunahme der ab 35-Jährigen kompensiert wurde. Bei den Nichtakademikerinnen gibt es im gleichen Zeitraum einen leichten Rückgang von 1,61 auf 1,52 Kinder pro Frau.

Auch für Ostdeutschland ist die exakte Betrachtung der einzelnen Jahre von 2005 bis 2011 lohnend (siehe Abbildung 5). Es zeigt sich in Ostdeutschland sogar ein leichter Anstieg in den letzten Jahren, der vor allem auf die Geburtenzunahme von Akademikerinnen im jüngeren Alter zurückzuführen ist, während die altersspezifischen Geburtenraten relativ konstant sind. Dieser Gesamtanstieg von 1,49 im Jahr 2005 auf 1,61 im Jahr 2011 muss aufgrund der geringen Fallzahlen für ostdeutsche Akademikerinnen jedoch vorsichtig interpretiert werden. Die Fallzahlen für die ostdeutschen Nichtakademikerinnen sind (ebenso wie sämtliche Fallzahlen für Westdeutschland) groß genug. Hier zeigt der Befund eine konstante Entwicklung mit Kohortengeburtensraten der 34-jährigen Frauen um 1,3 bis 1,4 und der altersspezifischen Geburtenraten der 35- bis 44-jährigen um summiert 0,2 Kinder pro Frau.

Wie in Westdeutschland ist der Geburtenrückgang bei Akademikerinnen in Ostdeutschland gestoppt. Ein erheblicher Unterschied ist jedoch zu betonen: Die Geburtenrate der ostdeutschen Akademikerinnen ist nicht niedriger als die der ostdeutschen Nichtakademikerinnen, im Jahr 2011 ist sie sogar etwas höher. Zudem haben ostdeutsche Akademikerinnen weitaus mehr Kinder als westdeutsche. Der Rückstand der

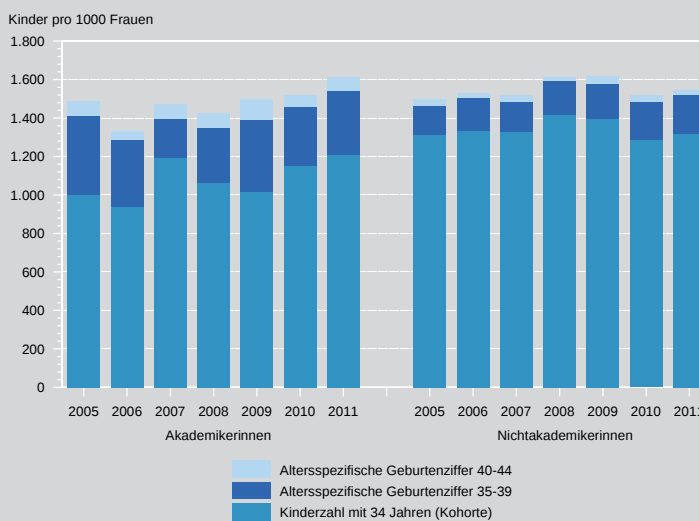
Abb. 4: Geschätzte endgültige Kinderzahl der 34-jährigen Frauen nach Bildungsabschluss 1991-2010 in Ostdeutschland



Datenquelle: Mikrozensus 1991-2010, eigene Berechnungen, grafische Darstellung: BiB

Akademikerinnen ist folglich ein rein westdeutsches Phänomen. Und es hat eine erhebliche Dimension, wenn Jahr für Jahr auf 1.000 Akademikerinnen im früheren Bundesgebiet über 240 Kinder weniger zur Welt kommen als in anderen Bevölkerungsgruppen. Dies wirft die Frage auf, ob es an kulturellen Unterschieden liegt oder daran, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Ostdeutschland leichter ist.

Abb. 5: Geschätzte endgültige Kinderzahl der 34-jährigen Frauen nach Bildungsabschluss 2005-2011 in Ostdeutschland



Datenquelle: Mikrozensus 2005-2011, eigene Berechnungen, grafische Darstellung: BiB

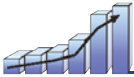
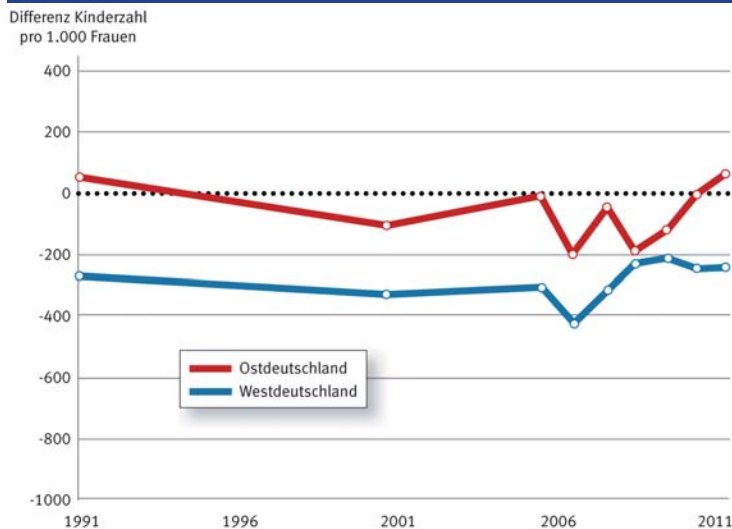


Abb. 6: Differenz der geschätzten endgültigen Kinderzahl von Akademikerinnen zu Nichtakademikerinnen 1991-2011 in West- und Ostdeutschland



Quelle: Mikrozensus 1991-2011, eigene Berechnungen, Darstellung BiB.

Bei allen berechtigten methodischen Anmerkungen zu diesem Schätzmodell bleibt festzuhalten, dass die hier genannten Schlussfolgerungen davon nicht berührt sind. Die Schätzwerte insgesamt – also für Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen zusammen – sind ein Stück weit mit den extrapolierten erreichten Kinderzahlen auf Basis der amtlichen Statistik mit der Annahme steigender Fertilität der über 30-Jährigen vergleichbar, ebenso wie mit der Kohortenprojektion mit linearer Trendinterpolation (Pötzsch 2011; Goldstein et al. 2011). Grundsätzlich sind Schätzungen auf Basis der amtlichen Statistik genauer als solche mit dem Mikrozensus, letzterer wurde hier verwendet, um bildungsspezifische Unterschiede zu erforschen. Umso bemerkenswerter ist jedoch, dass sich auch hier der etwas höhere Wert der Jahrgänge 1974 und 1975 zeigt.

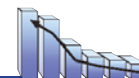
Über die kumulierte Geburtenrate des Schätzmodells hinaus können beide Komponenten, die kohortenbezogene und die periodenbezogene, jeweils für sich interpretiert werden. Dadurch wird auch sichtbar, dass es nicht nur den bekannten Effekt nachholender Geburten ab 35 Jahre gibt, sondern auch, dass der mit dem Geburtenaufschub verbundene Rückgang von Geburten unter 34-jähriger Akademikerinnen gestoppt ist – ein wichtiger Fingerzeig für einen möglichen zukünftigen Anstieg der Geburtenraten.

5. Diskussion und Fazit

Die Geburtenraten sind bei Akademikerinnen in Bewegung: Der etwa bis kurz nach der Schwelle zum 21. Jahrhundert reichende Rückgang der geschätzten endgültigen Kinderzahl der 34-jährigen Akademikerinnen ist in den letzten Jahren gestoppt. Die Daten deuten sogar für West- wie für Ostdeutschland einen minimalen Anstieg an, dessen Nachhaltigkeit gegenwärtig jedoch noch nicht beurteilt werden kann. Zumal sich insgesamt, also für alle Bildungsgruppen, ein leichter Anstieg der Kohortenrate um den Jahrgang 1975 abzeichnet, der in der Literatur mal als Zwischenhoch und mal als Trend interpretiert wird (vgl. Pötzsch 2010, 2011 und Goldstein et al. 2011). Allerdings sind die Veränderungen bei den Akademikerinnen weit- aus größer als bei anderen Frauen – insofern ist der Blick auf die Fertilität von Akademikerinnen lohnend.

Bemerkenswert sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland: Wie Abbildung 6 verdeutlicht, ist der Rückstand der Geburtenzahl von Akademikerinnen ein rein westdeutsches Phänomen. In Ostdeutschland gibt es keine systematischen Differenzen zwischen beiden Bildungsgruppen, die Linie schwankt um den Differenzwert Null. In Westdeutschland bekommen Frauen mit Hochschulabschluss im Mittel der letzten drei Jahrzehnte etwa 300 Kinder weniger pro 1.000 Frauen als Nichtakademikerinnen. Im Jahr 2011 war dieser Abstand zwar leicht unter dem langjährigen Mittel, aber der Befund von 243 Kindern weniger bei Akademikerinnen verdeutlicht die nach wie vor geringe Fertilität der westdeutschen Akademikerinnen. Der deutliche Anstieg der Geburten der 35- bis 44-jährigen Akademikerinnen in den letzten Jahren ist hervorzuheben: In Westdeutschland wurden 2011 38 Prozent der Kinder von Akademikerinnen nach dem 35. Geburtstag geboren, bei den Nichtakademikerinnen war der Anteil mit 16 Prozent nicht einmal die Hälfte.

Man könnte die Schlussfolgerung, wonach der Rückgang der Geburten bei Akademikerinnen gestoppt ist, mit drei Argumenten kritisch hinterfragen: Erstens ob es nur Schwankungen und kein Trend sind, zweitens inwiefern Timingeffekte die Schätzwerte verzerren und drittens mit dem Hinweis auf die Kohorten um 1975 (die 2009 34 Jahre alt sind), die nach Extrapolierung auf Basis der amtlichen Statistik etwas höher sind (Pötzsch 2010). Allerdings zeigen die Werte, dass es in Ostdeutschland bei diesen Schätzwerten einen deutli-



chen Rückgang bei Akademikerinnen in den 1990er Jahren gab, der Tiefpunkt 2006 erreicht wurde und die Werte in den fünf Jahren danach wieder höher waren. In Westdeutschland waren der Tiefpunkt im Jahr 2005 und die Werte in den sechs Jahren danach wieder höher. Da die Kohortenraten insgesamt jahrzehntelang rückläufig sind, ist dieser Befund für Akademikerinnen bemerkenswert, zumal er nicht nur auf Verzerrungen durch Werte der Kohorten um 1975 beruht. Vor den Tiefpunkten 2005 bzw. 2006 gab es einen zumindest zwei Jahrzehnte langen Rückgang der geschätzten endgültigen Kinderzahl der 34-jährigen Akademikerinnen.

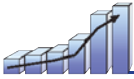
Die hier gezeigten Entwicklungen der Fertilität von Akademikerinnen werfen Fragen auf:

- Handelt es sich „nur“ um einen Ende des Geburtenrückgangs bei Akademikerinnen oder stehen wir am Beginn eines Anstiegs?
- Wird sich die Schere zwischen Akademikerinnen und Nichtakademikerinnen in Westdeutschland zukünftig schließen?
- Wie weit wird der Anteil von Geburten der über 35-jährigen Akademikerinnen noch steigen – oder wann stößt der Geburtenaufschub auf biologische Grenzen?
- Lassen sich die Veränderungen bei Akademikerinnen auf familienpolitische Maßnahmen zurückführen?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Geburtenentwicklung bei Akademikern und Veränderungen der Kohortengeburtensraten für die nach 1970 geborenen Frauen?

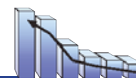
Auf jeden Fall sind weitere Forschungen notwendig. Zum einen in Hinsicht auf berufsspezifische Unterschiede, die mit den hier gezeigten Bildungsdifferenzen eng verknüpft sind (vgl. Bujard 2012). Zum anderen sind weitere Forschungen über das gruppenspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägte Phänomen der Kinderlosigkeit notwendig (vgl. Dorbritz 2011). Drittens ist eine regelmäßige Überprüfung aktueller Datentrends für Akademikerinnen zu empfehlen. Die Befragung des Mikrozensus zur Geburt leiblicher Kinder wird für 2012 eine neue Datengrundlage bereitstellen, die einen Vergleich mit der 2008er-Erhebung ermöglicht. Nichtsdestotrotz ist die Analyse jährlicher Daten anhand des Mikrozensus unverzichtbar, um zeitnah bildungsspezifische Unterschiede der dynamischen Fertilitätsprozesse zu generieren. Nicht zuletzt auch, um mögliche Effekte ökonomischer und familienpolitischer Veränderungen zeitnah zu erfassen.

Literatur

- BiB (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung) (2012): Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland 1945 bis 2010. In: http://www.bib-demografie.de/nn_1956774/DE/DatenundBefunde/06/Abbildungen/a_06_08_zusgef_geburtenziffer_w_o_1945_2010.html
- Bujard, Martin (2011): Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein verschiedene Theorien integrierender Erklärungsansatz und dessen empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970-2006. Baden-Baden: Nomos.
- Bujard, Martin (2012): Talsohle bei Akademikerinnen durchschritten? Kinderzahl und Kinderlosigkeit in Deutschland nach Bildungs- und Berufsgruppen. Expertise für das BMFSFJ, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. In: <http://www.bib-demografie.de/akademikerinnen2012>.
- Deutscher Bundestag (2006): Entwurf eines Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz - BEEG), Berlin: Drucksache 16/1889.
- Dorbritz, Jürgen (2005): Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa – Daten, Trends und Einstellungen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 30, 359-408.
- Dorbritz, Jürgen (2011): Dimensionen der Kinderlosigkeit in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 32, 2-6.
- Duschek, Klaus-Jürgen; Wirth, Heike (2005): Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse der Mikrozensus 1987 bis 2003. In: Wirtschaft und Statistik 8/2005, 800-820.
- Frejka, Tomas; Calot, Gerard (2001): Cohort reproductive patterns in low-fertility countries. In: Population and Development Review 27 (1).
- Fürnkranz-Prskawetz, Alexia; Jaschinski, Ina; Kreyenfeld, Michaela; Sobotka, Tomáš; Philipov, Dimitar; Bernardi, Laura; Goldstein, Joshua R.; Zeman, Kryštof (2012 i.E.): Demographische Analyse der Fertilitätsentwicklung. In: Stock, Günter et al., Zukunft mit Kindern, Frankfurt: Campus, 116-197.
- Goldstein, Joshua R.; Kreyenfeld, Michaela; Rößger, Felix (2011): Gibt es eine Trendumkehr in der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland? In: Berliner Demografie Forum Working Paper 4.
- Pöttsch, Olga (2010): Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Wirtschaft und Statistik 1/2010.



- Pöttsch, Olga (2011): Mittel- und langfristige Szenarien zur Geburtenentwicklung in Deutschland: Daten und Befunde, Vortrag auf dem D-A-CH – Demografentreffen, 19.-21. Oktober 2011.
- Scharein, Manfred; Unger, Rainer (2005): Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. In: BiB-Mitteilungen 02/2005.
- Schroedter, Julia; Lechert, Yvonne; Lüttinger, Paul (2006): Die Umsetzung der Bildungsskala ISCED-1997 für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensus 1976-2004, ZUMA-Methodenbericht 2006/08.
- Sobotka, Tomáš; Zeman, Kryštof; Lesthaeghe, Ron; Frejka, Tomas; Neels, Karel (2011): Postponement and Recuperation in Cohort Fertility: Austria, Germany and Switzerland in a European Context. In: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 36 (2) [Special Issue, hrsg. von Prskawetz, Alexia/Frejka, Tomas].
- Statistisches Bundesamt (2010): Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland, überarbeitete Version.
- Statistisches Bundesamt (2012): Endgültige durchschnittliche Kinderzahl der Frauenkohorten. In: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/EndgueltigeKinderzahl.html>
- Stock, Günter; Bertram, Hans; Fürnkranz-Prskawetz, Alexia; Holzgreve, Wolfgang; Kohli, Martin; Staudinger, Ursula (Hg.). (2012 i.E.): Zukunft mit Kindern. Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Frankfurt: Campus.



Susanne Stedtfeld (BiB) und Stephan Kühntopf (BiB)

Jung, weiblich, geht:

Abwanderung und Geschlechterungleichgewichte in ostdeutschen Landkreisen*

Der demografische Wandel entfaltet in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands eine besondere Intensität. Niedrige Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung lassen sich seit Jahrzehnten für Gesamtdeutschland ausmachen und beeinflussen die demografische Entwicklung nachhaltig. Für ländliche Regionen in Ostdeutschland addiert sich hierzu oft noch eine außergewöhnlich starke Abwanderung. Augenscheinlich ist die verstärkte Abwanderung junger Frauen, die zum Teil hohe Geschlechterungleichgewichte bewirkt hat. So wies der frühere Landkreis Parchim in Mecklenburg-Vorpommern 2009 mit einem Geschlechterverhältnis von 75 Frauen je 100 Männer das höchste männerdominierte Geschlechterungleichgewicht in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen auf.

Altersselektivität wie auch Bildungsselektivität im Abwanderungsverhalten junger Ostdeutscher haben bereits Eingang in die wissenschaftliche Betrachtung gefunden (vgl. Schultz 2009; Albrecht 2005; Brücker/Trübswetter 2004; Mai 2004; Bucher/Heins 2001; Kempe 1999, 2001). Insbesondere jüngere Jahrgänge, die oftmals den Beginn eines Studiums oder einer Ausbildung zum Anlass für einen Umzug nehmen, gehören hier zu den Abwanderern. Beschleunigte Schrumpfs- und Alterungsprozesse in den Abwanderungsregionen sind eine Folge dieser Entwicklung. Ins Auge fällt jedoch auch, dass zu den dauerhaft Fortziehenden besonders viele junge Frauen gehören. Aufgrund dieser geschlechtsselektiven Wanderungen sind in den betroffenen Regionen große Geschlechterungleichgewichte entstanden. Diese bergen insofern eine demografische Brisanz in sich, als mit den jungen Frauen auch eine künftige Müttergeneration abwandert. Aber auch ökonomische und soziale Auswirkungen sind denkbar. Geschlechtsspezifische Aspekte einer verstärkten Abwanderung in Ostdeutschland sind noch vergleichsweise neu.

Bislang haben sich erst wenige Studien mit der verstärkten Abwanderung junger Frauen auseinandergesetzt (Lei-

bert/Wiest 2010; Kröhnert 2009a; Kröhnert/Klingholz 2007; Kubis/Schneider 2007; Dienel et al. 2004). Eine systematische Erfassung des geschlechtsspezifischen Wanderungsgeschehens auf kleinräumiger Ebene und im zeitlichen Verlauf ist dabei weitgehend ausgeblieben. Wir wollen die alters- und geschlechtsspezifischen Migrationsmuster in den ostdeutschen Kreisen analysieren, insbesondere auch deren Ausmaß und Veränderung über die Zeit, und die daraus folgenden Geschlechterdisproportionen abbilden. Wir beginnen mit einer Analyse des geschlechtsspezifischen Wanderungsgeschehens. Danach erfolgt eine Darstellung der Wanderungsmotive anhand der aktuellen Forschungsliteratur. Die Folge von geschlechtsselektiver Abwanderung sind Geschlechterungleichgewichte in den Herkunftsregionen, die wir in einem dritten Schritt quantifizieren, bevor wir dann mögliche Auswirkungen von Geschlechterungleichgewichten diskutieren.

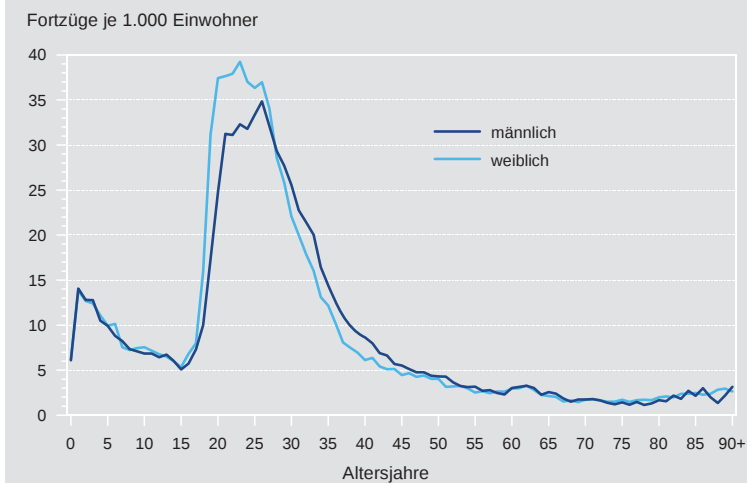
Daten und Methodik

Für die Darstellung der geschlechtsselektiven Migration haben wir eine in diesem Kontext erstmalige Auswertung langjähriger Wanderungsdaten auf kleinräumiger Ebene durchgeführt. Datengrundlage hierfür bildet die Wanderungsstatistik der Statistischen Ämter der Länder und des Statistischen Bundesamtes. Geschlechterungleichgewichte als Folge von selektiven Wanderungen stellen wir im Rahmen einer detaillierten Auswertung von Daten der Bevölkerungsfortschreibung erstmals näher dar.

Unser Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 1991 bis 2009. Da sich in diesem Zeitraum die Kreisgrenzen in Ostdeutschland mehrfach geändert haben, wurden die Bevölkerungsdaten aus alten Statistiken auf den Gebietsstand im Jahr 2009 umgeschätzt (vgl. BBSR 2010). Wir konzentrieren uns auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, da die Wanderungs- und Geschlechtsselektivität hier am stärksten ausgeprägt sind. Die Ursachen und Motive sowie die Folgen der geschlechtsselektiven Abwanderung werden anhand der aktuellen Forschungsliteratur dargestellt.

* Eine ausführliche Fassung der Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums des Innern erstellt wurde, findet sich unter www.bib-demografie.de.

Abb. 1: Altersprofil der Ost-West-Migration nach Geschlecht, 2009



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, grafische Darstellung: BiB

zeigt sich ein unterschiedliches Migrationsverhalten von Frauen und Männern. Zwar ist die Migrationsneigung in diesem Alter im Kontext von Studien- und Berufswahl allgemein verhältnismäßig hoch, doch zeigt sich hier, dass Frauen früher mobil und umzugsbereit sind als Männer. Diesen geschlechts-spezifischen Unterschied der Binnenwanderung verdeutlicht eine Analyse der Ost-West-Wanderer nach Altersgruppen für das Jahr 2009 (Abbildung 1). Die Wanderungsintensität ist bei Frauen und Männern im Alter zwischen 18 und 35 Jahren am höchsten. Zunächst wandern bis zum Alter von 27 Jahren verstärkt Frauen ab. Ab einem Alter von 28 Jahren kehrt sich dieser Trend zugunsten der Männer um. Ein vergleichbares Altersprofil lässt sich auch für kleinräumige Wanderungen zwischen den Gemeinden oder Kreisen beobachten.

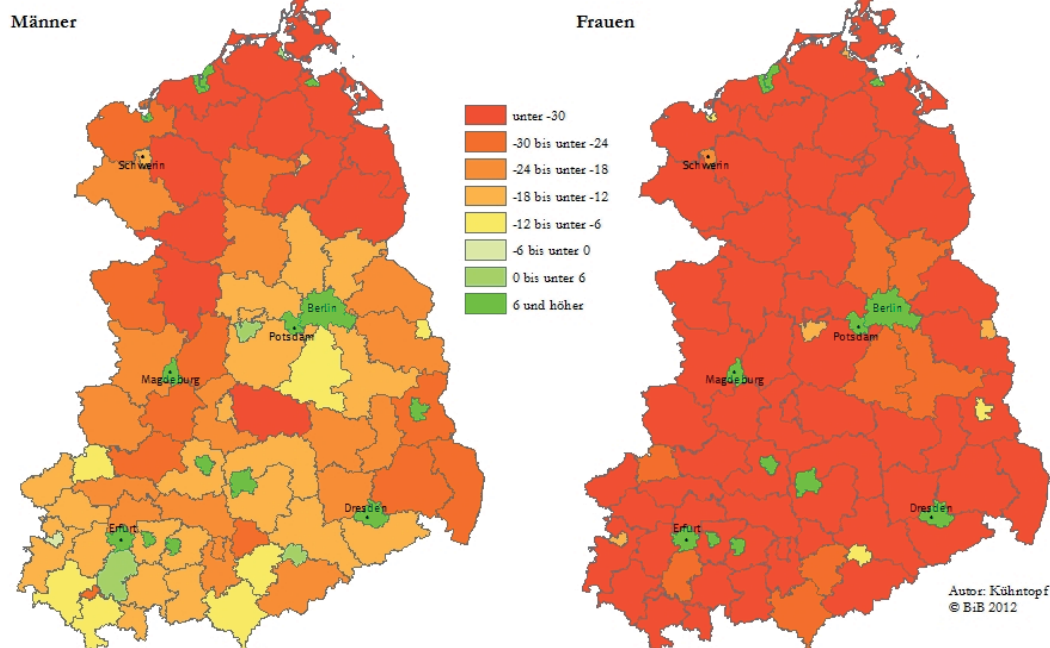
Geschlechtsselektive Abwanderung

Hauptursache für unausgewogene Geschlechterverhältnisse in den untersuchten Kreisen ist die geschlechtsselektive Abwanderung. Vor allem bei den jüngeren Altersgruppen (18 bis 24 Jahre), den sogenannten Bildungswanderern,

Betrachtet man nun die Wanderungssalden einzelner Stadt- und Landkreise, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren und gleichaltrigen Männern (Abbildung 2). Die Wanderungssalden der ostdeutschen Landkreise fallen sowohl für junge

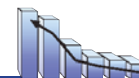
Abb. 2: Wanderungssaldo der ostdeutschen Kreise für Männer und Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2009*

Wanderungssaldo je 1.000 Personen gleichen Alters und Geschlechts



* Brandenburg: Durchschnitt der Jahre 1992 bis 2009; Sachsen-Anhalt: Durchschnitt der Jahre 1994 bis 2009.
Datenquelle: Statistische Ämter der Länder; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2010)

Autor: Kühntopf
© BiB 2012



Frauen als auch für junge Männer negativ aus. Für Frauen sind die Werte allerdings niedriger als für Männer, d. h. die Abwanderung ist noch stärker gewesen. Bei den Männern haben die vorpommerschen Landkreise Demmin (-42), Rügen (-41) und Nordvorpommern (-41) die niedrigsten Wanderungssalden (je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2009). Bei den Frauen sind es die Landkreise Parchim (-78) und Demmin (-77). Damit sind die Werte für Frauen bei den 18- bis 24-Jährigen in den besonders von Abwanderung betroffenen Landkreisen fast doppelt so hoch wie für Männer.

Grundsätzlich sind im Süden und im Westen niedrigere Fortzugsraten erkennbar als im Norden und im Osten der neuen Länder. Auch im Umland von Berlin fällt der Wanderungssaldo etwas günstiger aus, was wesentlich im Zusammenhang mit vereinfachten Möglichkeiten zum Auspendeln für den Arbeitsplatz zu sehen ist. Deutlich zu erkennen ist zudem eine positive Wanderungsbilanz der meisten kreisfreien Städte. Jena hat den höchsten positiven Saldo für junge Männer und Frauen mit einem durchschnittlichen Saldo von 59 bzw. 62 Personen je 1.000 Einwohner der betrachteten Altersgruppe. Dresden (48) und Weimar (43) folgen bei den Männern, Weimar und Berlin bei den Frauen (je 49).

In den 1990er Jahren erfolgte die Abwanderung der 18- bis 24-jährigen Ostdeutschen vor allem nach Westdeutschland. In den letzten Jahren hat die Ost-West-Migration jedoch an Bedeutung verloren. Wanderungen finden zunehmend innerhalb der neuen Länder statt. Aus den Landkreisen wandern im Saldo weiterhin junge Frauen und Männer ab, mittlerweile aber in die ostdeutschen Städte. Letztere verzeichnen in der Folge mehrheitlich Wanderungsgewinne.

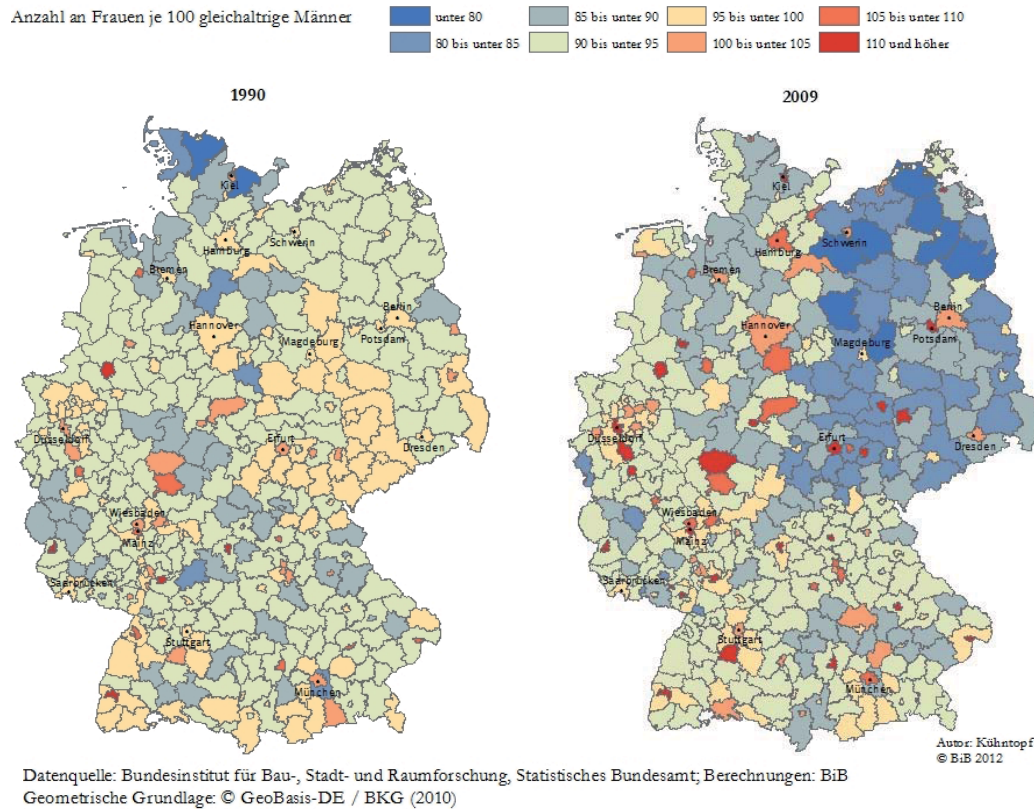
Wanderungsmotive

Arbeitsmarkt- und erwerbsbezogene Motive stehen im Fokus der Forschungsliteratur zur überproportionalen Abwanderung junger Frauen, die gerade in den 1990er Jahren einen höheren Arbeitsmarktdruck erlebten als ihre männlichen Pendanten (Kröhnert 2009a; Kubis/Schneider 2007; Geißler 2000). Hinzu kommen verdienstbezogene Motive. Zwar fallen Geschlechterdifferenzen in der Entlohnung im Osten der Republik tendenziell geringer aus als im Westen (Anger/Schmidt 2010). Dennoch ist das Verdienstniveau von Frauen in Ostdeutschland mit Abstand am geringsten (Statistisches Bundesamt 2010). Schneider/Kubis (2009) zeigen für Frauen in diesem Zusammenhang auch eine höhere Sensibilität bezüglich regionaler Unterschiede im Lohnniveau. Dienel et

al. (2004) schließen aus ihrer Abwanderungsstudie für Sachsen-Anhalt, dass die zentralen Faktoren für eine Fortzugsentscheidung die Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplatz, eine zu niedrige und als ungerecht empfundene Bezahlung, die größere Arbeitsplatzunsicherheit sowie die als ungenügend empfundene Förderung der persönlichen Weiterqualifikation sind – und zwar für Frauen wie für Männer. Frauen nehmen hierbei allerdings häufiger den Studien- bzw. Ausbildungsbeginn als Anlass für einen Fortzug, während Männer später berufsbedingt mobil sind. Auch die höhere Orientierung von Frauen an Erwerbstätigkeiten im Dienstleistungssektor wird thematisiert – Arbeitsplätze, die sich vornehmlich im städtischen Kontext konzentrieren.

Bildungsbiographien und Bildungsentscheidungen spielen darüber hinaus eine weitere zentrale Rolle. In der Tendenz haben Höherqualifizierte eine höhere Mobilitäts- und Migrationsneigung (Wolff 2010, Kröhnert 2009b, Schultz 2009, Schneider et al. 2008). Gerade in Ostdeutschland fallen geschlechterbezogene Bildungsunterschiede besonders groß aus, wie sich an den Anteilen der weiblichen Schulabgänger mit Hochschulreife zeigt (Kröhnert 2009a, Kröhnert/Klingholz 2007). Auch Schneider/Kubis (2009) thematisieren die bildungsbezogene Abwanderung junger Frauen.

Räumliche Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse haben in den letzten Jahrzehnten vielschichtige Dynamiken entfaltet. Städte profitieren seit etwa einem Jahrzehnt von einem neuen „urbanen Wachstumsklima“, das es in dieser Form zuvor nicht gegeben hat (Siedentrop 2008) – insbesondere dann, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen fokussiert werden wie z. B. junge Erwerbstätige (Siedentrop et al. 2011). Hiernach haben Städte an Attraktivität gewonnen. Erhebliche innerstädtische Flächenressourcen infolge des Strukturwandels hin zur dienstleistungsorientierten Wissensökonomie, sinkende Kriminalitätsraten, steigende Energiepreise und das Vermeiden von Pendelbelastungen haben hierzu beigetragen. Gerade junge Frauen sind verstärkt auf einen ausgebauten öffentlichen Nahverkehr angewiesen (ACE 2010, BBR 2007). Kröhnert (2009a) stellt in einer Clusteranalyse fest, dass junge Frauen insbesondere in Dienstleistungsmetropolen und Universitätsstädte wandern. Dienel et al. (2004) kommen in ihrer Abwanderungsstudie zu dem Ergebnis, dass Frauen häufiger als Männer die „Attraktivität von Städten“ als Fortzugsgrund aus dem ländlichen Raum angeben. Offenbar assoziieren sie mit ihrem Zuzug in die Stadt einen Zugewinn an Lebensqualität.

Abb. 3: Geschlechterproportion der Kreise für die Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren, 1990 bis 2009


Geschlechterdisproportionen in ostdeutschen Landkreisen

Die überproportionale Abwanderung junger Frauen seit der Wiedervereinigung hat dazu geführt, dass in einigen Regionen Ostdeutschlands große Geschlechterungleichgewichte in der betrachteten Altersgruppe entstanden sind. Im Jahr 1990 gab es in den neuen Bundesländern zunächst keine ausgeprägten räumlichen Unterschiede im zahlenmäßigen Verhältnis von 18- bis 24-jährigen Frauen und Männern (Abbildung 3). Der Landkreis Märkisch-Oderland östlich von Berlin hatte mit einer Geschlechterproportion von 89 Frauen zu 100 Männern den niedrigsten Wert, während die Städte Erfurt und Cottbus mit einer Proportion von jeweils etwa 103 Frauen zu 100 Männern die höchsten Frauenanteile aufwiesen. Anders sah es zur Zeit der Wiedervereinigung in Westdeutschland aus, wo sich deutlichere Unterschiede im Geschlechterverhältnis zeigten. Hier lebten in den (Universitäts-)Städten wesentlich mehr junge Frauen als junge Männer, mit einem Spitzenwert von 124 jungen Frauen zu 100 Männern in Heidelberg. In den norddeutschen Landkreisen Plön und Schleswig-Flensburg gab es dagegen ein stark

männergeprägtes Geschlechterungleichgewicht von nur 70 bzw. 78 Frauen pro 100 Männer.

Die deutlichen Geschlechterdisproportionen in den ostdeutschen Landkreisen sind erstmals in den frühen 1990er Jahren entstanden. Die überdurchschnittlich starke Abwanderung von jungen Frauen aus Ostdeutschland führte zu einem flächendeckenden Frauendefizit in den neuen Ländern, während sich im Gegenzug der Frauenanteil in den meisten westdeutschen Regionen erhöhte. Die spätere Trendumkehr zu einer selektiven Land-Stadt-Wanderung innerhalb Ostdeutschlands führte allerdings zu einer Ausdifferenzierung der Geschlechterungleichgewichte, wie sie heute zu beobachten ist.

Demnach weisen die ost- wie westdeutschen Stadtkreise in der Regel höhere Frauenüberschüsse im Alter von 18 bis 24 Jahren auf. Die höchsten Frauenanteile in den neuen Ländern hatten 2009 Greifswald und Halle (Saale) mit 119 bzw. 117 Frauen je 100 Männern. Die meisten Landkreise haben hingegen ein Defizit an jungen Frauen, das in Ostdeutschland weitaus stärker ausfällt als im Westen. Vor allem der ländliche Raum im Nordosten Deutschlands ver-

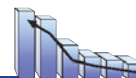
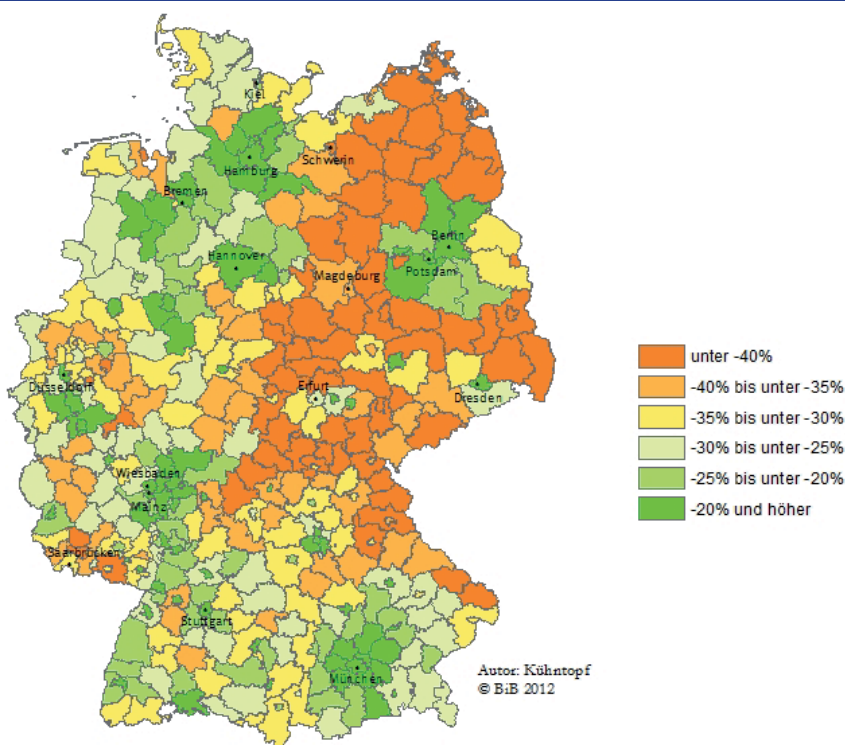


Abb. 4: Veränderung der Anzahl an Lebendgeborenen nach Kreisen, 2009 gegenüber 1990



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2010)

fügt über hohe Frauendefizite. Mit 75 jungen Frauen zu 100 Männern weist der Landkreis Parchim 2009 bundesweit die niedrigste Geschlechterproportion auf. Weitere Landkreise mit einer Proportion von unter 80 sind Mecklenburg-Strelitz, Ludwigslust, der Altmarkkreis Salzwedel, Nordvorpommern, das Jerichower Land, Demmin sowie die Uckermark. In diesen ländlichen Regionen leben folglich mindestens ein Fünftel weniger junge Frauen als Männer.

Die geschlechtsselektive Abwanderung aus den ostdeutschen Landkreisen ist anhaltend hoch. Eine Trendwende in den Geschlechterungleichgewichten ist daher bislang nicht erkennbar. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich die im jungen Alter entstandenen Frauendefizite zunehmend in höhere Altersgruppen verschieben.

Folgen unausgewogener Geschlechterverhältnisse

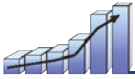
Die Folgen von männergeprägten Geschlechterungleichgewichten sind bislang vor allem in den Medien erörtert und bewertet worden. Hierbei überwiegt hauptsächlich ein negativer Grundtenor in der Berichterstattung (vgl. z. B. F.A.Z. 2011, ZEIT 2011, F.A.Z. 2006). In der Forschungsliteratur

werden demografische, ökonomische und soziale Folgen von Geschlechterungleichgewichten diskutiert.

So führen regionale Frauendefizite in den jungen Alterskohorten dazu, dass eine potenzielle Müttergeneration fehlt. Neben einem direkten wanderungsbedingten Bevölkerungsrückgang verstärkt sich der Bevölkerungsrückgang auch langfristig, da künftige Generationen in den Abwanderungsregionen gar nicht mehr geboren werden, wenn die Mütter zuvor abgewandert sind (Swiaczny et al. 2008). Dementgegen stehen Argumente, wonach die verbleibende Landbevölkerung ihre demografische Bilanz durch eine erhöhte Fertilität ausgleiche (Weiß 2006, Henkel 1993). Die Veränderung der regionalen Geburtenzahlen zwischen 1990 und 2009 ist in Abbildung 4 dargestellt. Der Vergleich zeigt, dass gerade in den Kreisen, in denen eine starke geschlechtsselektive Abwanderung vorkommt, die Anzahl der Lebendgeborenen um mehr als 40 % zurückgegangen ist. Auch wenn Abwanderungsbewegun-

gen nicht die einzige Ursache bilden, haben sie die Entwicklung der Fertilität in den betreffenden Regionen wesentlich beeinflusst.

Ökonomische Auswirkungen von Geschlechterungleichgewichten sind bislang kaum thematisiert worden. Eine Bewertung erfolgt zumeist vor dem Hintergrund eines abwanderungsbedingten Fachkräftemangels im Kontext der allgemeinen Abwanderung sowie der bildungs- und altersselektiven Migration (Ragnitz 2011, Lutz 2010, Fuchs et al. 2009, Schnur/Zika 2007, SÖSTRA 2003). Sofern Geschlechterungleichgewichte in das Forschungsinteresse miteinbezogen werden, interessiert eher die umgekehrte Richtung, also ökonomische Aspekte, die als Ursachen für geschlechtsselektive Abwanderung betrachtet werden (Kröhnert 2009b, Geißler 2000). Eine indirekte Auswirkung geschlechtsselektiver Abwanderung lässt sich dennoch zeigen, wenn nämlich das Schulbildungsniveau der jungen Frauen berücksichtigt wird. Junge Frauen erzielen in der Regel ein höheres Schulbildungsniveau – im Vergleich zu ostdeutschen Männern, aber auch im Vergleich zu westdeutschen Frauen und Männern (Kröhnert 2009a, 2009b). Wenn junge gutqualifizierte



Frauen abwandern, stehen sie den heimischen Arbeitsmärkten nicht zur Verfügung.

Soziale Folgen werden zunächst im Zusammenhang mit Partnerbildungsprozessen und Partnerlosigkeit gesehen. Ostdeutsche Männer sind am häufigsten partnerlos (Lengger 2011, Kröhnert/Klingholz 2007). Allerdings fehlen hier bislang kleinräumige Analysen. Darüber hinaus ergeben sich Folgen für die soziale Infrastruktur. Soziale und kulturelle Angebote nehmen ab. Schule, Erwerbsarbeit und Vereine sind Motoren der sozialen Integration. Der abwanderungsbedingte Rückbau der Infrastruktur bedeutet schwindende Freizeitmöglichkeiten und einen hohen Mobilitätsaufwand. Gleichzeitig entwickelt sich eine geschlechtsspezifisch segregierte ländliche Freizeit, die mit wenigen attraktiven Angeboten für Mädchen verbunden ist (Neu 2009).

Fazit

Altersspezifische Geschlechterungleichgewichte sind keineswegs neu und ungewöhnlich. Bereits im Mittelalter hat es insbesondere junge Frauen in städtische Regionen gezogen. Im europäischen Kontext zeigt sich zudem, dass Geschlechterdisproportionen auch in anderen Ländern vorkommen. Ungewöhnlich und neu ist hingegen die Intensität, in der sich Geschlechterungleichgewichte in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung entwickelt haben. In vielen ostdeutschen Landkreisen leben gegenwärtig über 20 % weniger weibliche als männliche 18- bis 24-Jährige. Im Unterschied zu den 1990er Jahren lassen sich im Hinblick auf die Geschlechterproportionen keine signifikanten Unterschiede mehr zwischen west- und ostdeutschen Städten erkennen. Allerdings nimmt in den neuen Ländern die Diskrepanz zwischen altersgruppenspezifischen Frauendefiziten in den ländlichen Regionen und Frauenüberschüssen in den Städten weiter zu. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen.

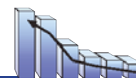
Geschlechtsselektive Wanderungen bilden die Ursache für diese zunehmenden Geschlechterungleichgewichte. Frauen erweisen sich bis zu einem Alter von 27 Jahren deutlich mobiler als Männer. Den Anlass für einen Wohnortwechsel bilden vor allem der Studien- bzw. Ausbildungsbeginn. Frauen haben gerade in Ostdeutschland ein hohes Schulbildungsniveau und verfügen über eine vergleichsweise hohe Erwerbsneigung. Darüber hinaus präferieren sie tendenziell Tätigkeiten im Dienstleistungssektor, die hauptsächlich im städtischen Kontext vorzufinden sind. Auch schätzen Frauen die Lebensqualität in städtischen Räumen höher ein als Männer.

Demografische Konsequenzen von Geschlechterungleichgewichten liegen vor allem in der Abwanderung einer potenziellen Müttergeneration. Wirtschaftliche Folgen ergeben sich vorrangig aus der Bildungs- und Altersselektivität der Abwanderer, zu denen besonders häufig Frauen gehören. Soziale Folgen zeigen sich in einem unausgewogenen Heiratsmarkt und einer sozialen Ausdifferenzierung. Andererseits ist die verstärkte weibliche Abwanderung auf bewusste Migrationsentscheidungen zurückzuführen. Es lässt sich argumentieren, dass der Wohnortwechsel aus Berufs- und Ausbildungsgründen eine entlastende Wirkung auf heimische Arbeitsmärkte haben kann. Auf individueller Ebene tragen diese Migrationsentscheidungen dazu bei, dass Kenntnisse und Fähigkeiten bestmöglich erweitert werden und dort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden, wo sich die Akteure höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und langfristige Perspektiven versprechen. Letztendlich wird damit auch ein Gewinn an langfristiger Lebensqualität assoziiert.

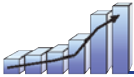
Unsere Studie hat die Entwicklung der geschlechtsselektiven Wanderung und die Entstehung von Geschlechterungleichgewichten auf kleinräumiger Ebene und über den Zeitverlauf hinweg dargestellt. Über Motive weiblicher Abwanderung insbesondere im Binnenkontext und der Auswirkungen von Geschlechterungleichgewichten ist jedoch immer noch vergleichsweise wenig bekannt. An dieser Stelle ist weitere Forschungsarbeit wünschenswert.

Literatur

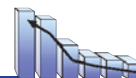
- ACE (Auto Club Europa) (Hrsg.) (2010): Autoverkehr wird weiblicher: PKW-Halterinnen in Deutschland, Stuttgart. www.ace-online.de/fileadmin/user_uploads/Der_Club/Dokumente/Presse/2010/Autoverkehr_wird_weiblicher.pdf (zuletzt geprüft am 30.03.2012).
- Albrecht, P.-G. (2005): „Besser wegzugehen“: Abwanderungsdruck und Jugendraumbesitz von Jugendlichen. In: Dienel, C. (Hrsg.), Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 247-270.
- Anger, C.; Schmid, J. (2010): Gender Pay Gap: Gesamtwirtschaftliche Evidenz und regionale Unterschiede, IW-Trends, 37(4): 1-15.
- BBR (2007): Frauen - Männer – Räume: Kurzfassung, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Berichte, 26.



- BBSR (2010): Gebietsreformen – politische Entscheidungen und Folgen für die Statistik, Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), BBSR-Berichte KOMPAKT, 6/2010.
- Brücker, H.; Trübswetter, P. (2004): Do the Best Go West? An Analysis of the Self-Selection of Employed East-West Migrants in Germany, IZA DP, 986.
- Bucher, H.; Heins, F. (2001): Altersselektivität der Wanderungen. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4 Bevölkerung, Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg/Berlin: 120-123.
- Dienel, C.; Gerloff, A.; Lesske, L. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt: Abschlussbericht, Magdeburg.
- F.A.Z. (2006): NPD-Wähler: Ein heillosen Männerüberschuß, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. September 2006: 35.
- F.A.Z. (2011): Ein Leben unter Niveau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. August 2011: 3.
- Fuchs, J.; Hummel, M.; Zika, G. (2009): Demografie prägt den ostdeutschen Arbeitsmarkt: Beschäftigung und Erwerbspersonenpotenzial in der langen Frist, IAB Kurzbericht, 21.
- Geißler, R. (2000): Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen: Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40.
- Henkel, G. (1993): Der Ländliche Raum: Gegenwart und Wandlungsprozesse in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, Teubner, Stuttgart.
- Kempe, W. (1999): Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt. In: Wirtschaft im Wandel, 15: 19-23.
- Kempe, W. (2001): Neuer Trend in der Bildungsstruktur der Ost-West-Wanderung? In: Wirtschaft im Wandel 9: 205-210.
- Kröhnert, S. (2009a): Analysen zur geschlechtsspezifisch geprägten Abwanderung Jugendlicher. In: Schubarth, W.; Speck, K. (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher: Theoretische Analysen, empirische Befunde, und politische Gegenstrategien, Juventa Verlag, Weinheim/München: 91-110.
- Kröhnert, S. (2009b): „Sag mir, wo die Frauen sind ...“: Ausprägung und Ursachen geschlechtsselektiver Abwanderung aus den neuen Bundesländern, Shaker Verlag, Aachen.
- Kröhnert, S.; Klingholz, R. (2007): Not am Mann: Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht?, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.), Berlin.
- Kubis, A.; Schneider, L. (2007): „Sag mir, wo die Mädchen sind...“: Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen. In: Wirtschaft im Wandel, 13(8): 298-307.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (Hrsg.) (2007): Wanderungsanalyse 1991 bis 2004: Land Brandenburg und Regionale Wachstumskerne, Hoppegarten.
- Leibert, T.; Wiest, K. (2010): Ist die ländliche Peripherie männlich?, Nationalatlas aktuell, 11.
- Lengerer, A. (2011): Partnerlosigkeit in Deutschland: Entwicklung und soziale Unterschiede, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Lutz, B. (2010): Fachkräftemangel in Ostdeutschland: Konsequenzen für Beschäftigung und Interessenvertretung, Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 65.
- Mai, R. (2004): Abwanderung aus Ostdeutschland: Strukturen und Milieus der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main.
- Neu, C. (2009): Der Abbau von sozialer und kultureller Infrastruktur und die Folgen für Kinder und Jugendliche. In: Schubarth, W., Speck, K. (Hrsg.): Regionale Abwanderung Jugendlicher: Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien, Juventa Verlag, Weinheim/München: 193-206.
- Ragnitz, J. (2011): Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung: Implikationen der demographischen Entwicklung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. In: ifo Dresden berichtet, 18(2): 3-6.
- Schneider, L.; Kubis, A. (2009): Are there Gender-specific Preferences for Location Factors? A Grouped Conditional Logit-Model of Interregional Migration Flows in Germany, IWH-Diskussionspapiere, 5.
- Schneider, N.F.; Ruppenthal, S.; Lück, D.; Rüger, H.; Dauber, A. (2008): Germany - A Country of Locally Attached but Highly Mobile People. In: Schneider, N.F.; Meil, G. (Hrsg.): Mobile Living Across Europe, Volume 1, Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries, Budrich, Opladen: 105-147.
- Schnur, P.; Zika, G. (2007): Die Grenzen der Expansion: Arbeitskräftebedarf bis 2025, IAB Kurzbericht, 26.



- Schultz, A. (2009): Brain drain aus Ostdeutschland? Ausmaß, Bestimmungsgründe und Folgen selektiver Abwanderung. Deutsche Akademie für Landeskunde, Forschungen zur deutschen Landeskunde, 258, Leipzig.
- Siedentrop, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung 3-4.
- Siedentrop, S.; Gronig, M.; Weis, M. (2011): Integrierte Szenarien der Raumentwicklung in Deutschland. DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 60.
- SÖSTRA (2003): Perspektiven der Berufslandschaft: Mecklenburg-Vorpommern 2010: Kurzfassung, Institut für Sozioökonomische Strukturanalyse, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2010): Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen, Fachserie 1, Reihe 1.2 - 2009, Wiesbaden.
- Swiaczny, F.; Graze, P.; Schlömer, C. (2008): Spatial Impacts of Demographic Change in Germany: Urban population Processes Reconsidered. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 33(2): 181-206.
- Weiß, W. (2006): Zur Entwicklung einer Residualbevölkerung infolge lang anhaltender selektiver Abwanderung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 31(3-4): 469-506.
- Wolff, S. (2010): Ost-West-Wanderung im wiedervereinten Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven, Optimus Verlag, Göttingen.
- ZEIT (2011): Ein Land voller Männer. ZEIT ONLINE: www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/wahl-mecklenburg-vorpommern (zuletzt geprüft am 30.03.2012).



Andreas Ette (BiB) und Holger Kolb (Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration)

Ende oder Anfang der Reformdekade?

Die Umsetzung der europäischen Blue Card in Deutschland



Das Inkrafttreten des „Gesetzes zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union“ am 1. August 2012 markiert einen Meilenstein in einem Jahrzehnt kontinuierlicher Reformen der deutschen Arbeitsmigrationspolitik.¹ Eine systematische Steuerung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte gab es nach dem Anwerbestopp von 1973 nicht mehr. Die Migrationsverwaltung reagierte jeweils ad hoc auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Auch die Ankündigung der ‚Green Card‘ für ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Jahr 2000 stellte hiervon keine Ausnahme dar. Sie bildete den Anfang einer womöglich jetzt abgeschlossenen Reformdekade. Der Beitrag analysiert die Veränderungen des vergangenen Jahrzehnts in diesem Politikbereich sowie die Neuerungen der aktuellen Reform.

Politische Steuerung der Arbeitsmigration: Von der ‚Green Card‘ zum Zuwanderungsgesetz

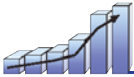
Die ‚Green Card‘ war damals wesentlicher Bestandteil des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau des Fachkräftemangels im IKT-Bereich und ermöglichte bis zu 20.000 Personen eine vergleichsweise unbürokratische Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in Deutschland. Während die deutsche Arbeitsmigrationspolitik durch die ‚Green Card‘ zwar nur punktuell und sektorspezifisch ergänzt wurde, spielte sie dennoch eine zentrale Rolle als Katalysator für weitere Reformen, deren erstes sichtbares Ergebnis im Jahr 2005 das Zuwanderungsgesetz war. Darin wurden erstmals die prinzipielle Notwendigkeit der Arbeitsmigration für Deutschland anerkannt und eine ganze Reihe von institutionellen Innovationen eingeführt. Wichtig waren dabei vor allem (1) das vereinfachte Zulassungsverfahren, (2) die Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen und (3) der privilegierte Zugang ausländischer und besonders hochqualifizierter Akademiker und Selbständiger. Im Bereich der Zulassungsvereinfachung wurde zwar am Prinzip

eines Ausnahmekatalogs festgehalten und auch die Zuwanderungstatbestände wurden nur geringfügig erweitert, allerdings wurden mit einem internen Zustimmungsverfahren („one-stop-government“) die ausländerrechtlichen Hürden für Migranten und Arbeitgeber gesenkt. Die zweite Innovation betrifft ausländische Absolventen deutscher Hochschulen. Hier kam es zur Abkehr vom vormals ehernen Grundsatz der Pflicht zur Rückwanderung nach Studienabschluss. Ausländische Studienabsolventen erhielten jetzt eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis zur Suche eines dem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes. Die dritte wichtige Neuerung betrifft die Regelungen für besonders Hochqualifizierte (§ 19 AufenthG) und Selbständige (§ 21 AufenthG), denen – von Beginn an – über die Niederlassungserlaubnis eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland eröffnet wurde. Auch wenn die in Betracht kommenden Gruppen eng definiert – Wissenschaftler bzw. Fachkräfte mit hohem Einkommen – und die Regelvoraussetzungen hoch waren – bei Selbständigen etwa eine Mindestinvestition von einer Million Euro und die Schaffung von zehn Arbeitsplätzen – war damit dennoch eine deutliche Abkehr vom vorherigen System eingeleitet.

Weitere Reformschritte: Das Richtlinienumsetzungs- und das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz

Weitere Reformschritte stammen aus dem Jahr 2007, als sowohl mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz als auch der Hochschulabsolventenzugangsverordnung weitere Zugangsmöglichkeiten für Drittstaatsangehörige zum deutschen Arbeitsmarkt geschaffen wurden. Dies umfasst einerseits die Umsetzung der „EU-Forscherrichtlinie“, nach der Forschern aus Drittstaaten, die mit einer staatlicherseits anerkannten Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen haben, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann (§ 20 AufenthG). Auch wenn diese Möglichkeit nur für wenige Drittstaatsangehörige in Frage kommt und darüber mit staatlichen und privaten Forschungseinrichtungen auch nur einen kleinen Teil des Arbeitsmarktes betrifft, ist diese Option ein bemerkenswertes Novum im deutschen Zu-

¹ Der Beitrag spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wider.



wanderungsrecht. Einige Beobachter interpretieren dies als „Teilprivatisierung der Arbeitsmarktzulassung“² in Form einer Übertragung von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen von der Migrationsverwaltung auf private Akteure. Durch weitere schrittweise Änderungen wurden außerdem die Bestimmungen für bereits im Gesetz enthaltene Tatbestände gelockert. Dies betrifft beispielsweise die Regelvoraussetzungen für die Zuwanderung von Selbständigen durch das Absenken der Investitionssumme auf eine halbe Million Euro. Auch für die Gruppe ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen kam es zu deutlichen Vereinfachungen. Bisher wurde hier die Zulassung zum deutschen Arbeitsmarkt vom Ausgang einer Vorrangprüfung abhängig gemacht und vorab geprüft, ob ein bevorrechtigter Kandidat zur Verfügung steht. Auf diese Hürde wurde nun verzichtet.

Im Jahr 2009 folgte dann mit dem Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz eine weitere Reform, die zwar keine neuen Zuwanderungstatbestände einführte, aber dennoch den Zuzug für einige Gruppen substantiell vereinfachte. Dies betrifft einerseits die Herabsetzung der Verdienstgrenze für Hochqualifizierte nach § 19 AufenthG vom Doppelten der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung sowie die wiederholte Reduktion der erforderlichen Investitionssumme bei Selbständigen auf 250.000 Euro. Zudem wurde – wenn auch unter Beibehaltung der Vorrangprüfung – der Arbeitsmarkt für alle Akademiker aus Drittstaaten geöffnet und bei ausländischen Fachkräften mit einem deutschen Hochschulabschluss wie auch Absolventen Deutscher Auslandsschulen auf die Vorrangprüfung verzichtet.

Blue Card: Ende der Reformdekade?

Die Umsetzung der unter dem Namen ‚Blue Card‘ bekannten europäischen Richtlinie 2009/50/EG ‚über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung‘ stellt einen Schlusspunkt der Reformdekade dar. Konkret führt das Gesetz mit der ‚Blauen Karte EU‘ (§ 19a AufenthG) einen neuen Zuwanderungstatbestand ein, der zu einer weiteren Liberalisierung der deutschen Arbeitsmigrationspolitik führt. Wichtigste Änderung der Neuregelung ist die deutliche Absenkung des zur Einreise erforderlichen Jah-

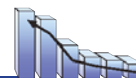
resmindesteinkommens für Hochqualifizierte von 66.000 auf 44.800 Euro; für Beschäftigte in bestimmten Engpassberufen (derzeit Naturwissenschaftler, Mathematiker, Ingenieure, Ärzte und IKT-Fachkräfte) gilt sogar noch eine weitaus niedrigere Gehaltsgrenze von lediglich ca. 35.000 Euro. Mit der Einführung der ‚Blue Card‘ wurde die Vergabe einer Niederlassungserlaubnis direkt nach Einreise weitgehend gestrichen. Dies ändert aber nichts daran, dass spätestens mit der Umsetzung der ‚Blue Card‘ Deutschland seinen Charakter als Nicht-Einwanderungsland aufgegeben hat, denn durch die weiteren im Rahmen der Umsetzung verabschiedeten Reformen wurden erneut deutliche Erleichterungen auf den Weg gebracht. So wurde beispielsweise die bisher auf zwölf Monate beschränkte Aufenthaltserlaubnis für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen zur Suche eines Arbeitsplatzes auf 18 Monate ausgedehnt. Weiterhin wurde mit der Einführung einer Zustimmungsfiktion die Vorrangprüfung für die betroffenen Migranten und Arbeitgeber vereinfacht. Demnach gilt zukünftig die Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung als erteilt, wenn die Bundesagentur für Arbeit nicht innerhalb von zwei Wochen der Anfrage widerspricht. Die bisherige Dauer der Vorrangprüfung von durchschnittlich 44 Tagen sollte sich dadurch deutlich verringern.³ Schließlich wurde mit § 18c AufenthG ein neuer Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche in das System der deutschen Arbeitsmigrationspolitik eingeführt. Danach können Hochschulabsolventen aus Drittstaaten unter der Voraussetzung des Nachweises ausreichender finanzieller Mittel für den Lebensunterhalt für bis zu sechs Monate zur Suche nach einem qualifikationsadäquaten Arbeitsplatz einreisen. Damit wurde eine weitere Hürde für die Anwerbung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger – der oft fehlende persönliche Kontakt zwischen Bewerbern und Arbeitgebern – abgeschafft.

Einstieg in eine neuerliche Reformdekade?

Die Reformen des vergangenen Jahrzehnts mögen isoliert betrachtet als kleinteilige, rechtstechnische Korrekturen wirken, zusammengenommen haben sie allerdings zweifellos eine deutliche Liberalisierung der deutschen Arbeitsmigrationspolitik bewirkt. Der der deutschen Migrationspolitik vorausseilende restriktive Ruf entspricht nicht mehr der Realität. Mittlerweile existiert ein differenziertes und mit den Regeln anderer europäischer Länder absolut kompatibles System

² Thym: 160.

³ Nationaler Normenkontrollrat: Wiesbaden 2011



zur Steuerung der Arbeitsmigration. Die neuen substantiellen Ergänzungen im Kontext der ‚Blue Card‘-Umsetzung – die deutliche Absenkung der Gehaltsgrenzen für Drittstaatsangehörige, die weitergehende Öffnung des Arbeitsmarkts für Hochschulabsolventen, die Vereinfachung der Vorrangprüfung und der neue Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche – haben das Potential, einen Schlusspunkt unter die vergangene Reformdekade zu setzen.

Andererseits lässt das jetzt etablierte System Raum für einen Einstieg in eine neue Reformdekade. Anlass zu dieser Annahme bietet die Konzeption des bereits angesprochenen § 18c AufenthG. Im bisherigen System war die Existenz eines Arbeitsvertrags die Kernbedingung für die Zulassung von Arbeitsmigranten aus Drittstaaten, weshalb die vor der Reform gültigen Steuerungsinstrumente häufig als einseitig nachfrageorientiert kritisiert wurden. Mit der Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Arbeitsplatzsuche weicht der Gesetzgeber erstmals von diesem Prinzip ab und erlaubt die Einreise ohne Vorliegen eines konkreten Arbeitsplatzes. Der neue § 18c ist damit eine erste angebotsorientierte Ergänzung der deutschen Arbeitsmigrationspolitik und damit ein Schritt zu einer Diversifizierung bzw. Hybridisierung des deutschen Systems.⁴ Schließlich könnte die ‚Blue Card‘ auch deshalb nicht als Final-, sondern als Initialpunkt einer neuerlichen

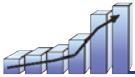
Reformdekade verstanden werden, weil von den bisherigen Reformen insbesondere hochqualifizierte Drittstaatsangehörige profitiert haben, während die Zuzugsbedingungen für qualifizierte und gering qualifizierte Migranten dagegen weitgehend unverändert blieben. Der von der Europäischen Kommission vor kurzem präsentierte „Gesamtansatz für Migration und Mobilität“⁵ könnte hier einen ersten konzeptionellen Rahmen zur Ausgestaltung der deutschen Arbeitsmigrationspolitik jenseits der Zuwanderung Hochqualifizierter darstellen.

Literatur

- Demetrios G. Papademetriou; Madeleine Sumption (2011): Rethinking Points Systems and Employer-Selected Immigration, Washington.
- Daniel Thym (2009): Migrationsverwaltungsrecht, Tübingen.
- Nationaler Normenkontrollrat (2011): Einreiseoptimierung: Projektbericht über die Optimierung des Verfahrens zur Einreise von Fach- und Führungskräften aus Drittstaaten, Wiesbaden
- Europäische Kommission (2011): Gesamtansatz für Migration und Mobilität, KOM (2011) 743 endgültig, Brüssel.

⁴ Papademetriou: Washington 2011.

⁵ Europäische Kommission, Gesamtansatz für Migration und Mobilität, KOM(2011) 743 endgültig, Brüssel 2011.



Aktuelles

Der „Age Man“ in Aktion –

Das Thema Demografie als Schwerpunkt beim „Tag der offenen Tür“ der Bundesregierung am 18. und 19. August 2012 in Berlin

Am 18. und 19. August 2012 veranstaltete die Bundesregierung in Berlin wieder einen Tag der offenen Tür. Dem Motto „Einladung zum Staatsbesuch 2012“ folgten an beiden Tagen rund 130.000 Besucher, um dem Bundeskanzleramt, dem Bundespresseamt und den anderen 14 Ministerien einen Besuch abzustatten. Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung aktuell gestarteten Demografiestrategie unter dem Motto „Jedes Alter zählt“ lag in diesem Jahr der inhaltliche Schwerpunkt beim Demografischen Wandel.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) war mit zwei Messeständen im Bundesministerium des Innern (BMI) und im Bundespresseamt (BPA) vertreten. Insgesamt fünf Mitarbeiter des BiB verteilten Broschüren und beantworteten den Besuchern Fragen zum demografischen Wandel in Deutschland. Wer wollte, konnte seine demografischen Kenntnisse bei einem Quiz mit fünf Fragen auf die Probe stellen. Die Palette reichte dabei von der Frage nach der genauen Zahl der im Jahr 2011 geborenen Kinder (richtige Antwort: ca. 650.000) bis hin zur künftigen Entwicklung der

Weltbevölkerung (richtige Antwort: Die Zahl der Menschen auf der Welt nimmt zu).

Das Highlight der BiB-Aktivitäten im Bundespresseamt war eine interaktive „Alterspyramide“, auf der die Gäste ihr Alter mit Pinwandnadeln verorten durften. Auch der Pressesprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Steffen Seibert, beteiligte sich mit seinem Sohn an der Aktion. Am Ende der Veranstaltung hatten nahezu 1.000 Besucher an dieser Interaktion teilgenommen. Die Besucher



An einer Pinnwand durften die Besucher ihr Alter mittels einer Nadel „anpinnen“. Am Ende ergab sich daraus eine ganz eigene, auf die Besucher zugeschnittene Alterspyramide.

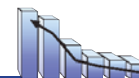
(Foto: Christian Fiedler.
Text: Bernhard Gückel)



Auch der Pressesprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, informierte sich am Stand des BiB über die Auswirkungen des Demografischen Wandels. Wissenschaftlich begleitet wurde er dabei von den beiden BiB-Mitarbeiterinnen Susanne Stedtfeld und Ines Wickenheiser. (Foto: Christian Fiedler. Text: Bernhard Gückel)



Reges Interesse herrschte am Stand des BiB im Bundesministerium des Innern (BMI): Mitarbeiterin Sybille Steinmetz versorgte das interessierte Publikum mit Informationsmaterial und Publikationen getreu dem Motto des BiB „Forschen, Beraten, Informieren“ rund um das Thema Demografie. (Foto: Jürgen Dorbritz. Text: Bernhard Gückel)



konnten sich darüber hinaus vor Ort zum Beispiel über die Gesetzgebung zur Pflege informieren und dazu Diskussionen rund um das Thema Demografie verfolgen.

Wie ein alter Mensch die Welt sieht und empfindet, konnten die Besucher am eigenen Leib erfahren. Mithilfe des Altersanzugs „Age Man“ konnte jeder einmal erleben, wie es sich anfühlt, alt zu sein. Mit Gewichten an den Gelenken, einer bleischweren Latzhose und einer Jacke simulierte der Anzug die körperlichen Beschwerden des Älterwerdens. Ergänzt wurde der Anzug mit einem gelblichen Sichtfenster, speziellen Kopfhörern und Handschuhen, um so auch die audiovisuellen Einschränkungen im Alter zu verdeutlichen.

Inhaltlich begleitet wurde das Rahmenprogramm neben Musikeinlagen auch von Talkrunden, an denen das BiB ebenfalls beteiligt war. Auf einer Bühne im Innenhof des Bundespresseamtes stellten sich Susanne Stedtfeld und Christian Fiedler den Fragen von SAT.1-Moderator Matthias Killing.



Urplötzlich gealtert war BiB-Mitarbeiter Christian Fiedler im „Age Man“ getauften Altersanzug. Entwickelt wurde der Anzug für Medizinstudenten der Berliner Charité, die so ein besseres Verständnis für die Lebenswelt älterer Menschen erlangen sollen. Aber auch Verkehrsbetriebe schulen ihre Busfahrer und das Servicepersonal mit dem Alterssimulationsanzug.

(Foto: Ines Wickenheiser. Text: Bernhard Gückel)

Im BMI überreichte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ole Schröder Mitarbeitern des THW und der Nachsorge- Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) für ihr besonderes ehrenamtliches Engagement die Ehrenmünze. Das abwechslungsreiche Bühnenprogramm präsentierte u.a. Breakdance, Turniertanz, „Boxen statt Gewalt“ sowie das Bundespolizei-Orchester. Die angebotene Möglichkeit, an einer Hausführung im BMI teilzunehmen, wurde von vielen Interessierten wahrgenommen.

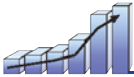
(Christian Fiedler, Bernhard Gückel, Sybille Steinmetz)

Das BiB in den Medien

Steigende Lebenserwartung und die Folgen für die Rente – Wissenschaftler des BiB zu Ursachen und Lösungsmöglichkeiten künftiger Rentenentwicklungen

Die Frage, wie sich die Perspektiven für die Rentenentwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels künftig gestalten, steht nach wie vor in der öffentlichen Diskussion. Wissenschaftler des BiB haben nun berechnet, dass die bereits eingeführte Rente mit 67 bereits in absehbarer Zeit keine Wirkung mehr haben wird. Grund dafür sei, so Dr. Stephan Kühntopf in der „Welt“ vom 27. Juli 2012, dass auch die Lebenserwartung weiter ansteige. Einen Ausweg aus dem Dilemma sieht der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, im Gespräch mit dem „Wiesbadener Tageblatt“ vom 11. August 2012, in einer individuelleren Gestaltung des Renteneintrittsalters.

Die Berechnungen des BiB zeigen, dass die bisherige verlängerte Lebensarbeitszeit bis 67 für Arbeitnehmer, die nach 1964 geboren wurden, wohl schon bald keine Wirkung mehr haben wird aufgrund der steigenden Lebenserwartung. So entspreche die gegenwärtige Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre in etwa dem Zugewinn an weiteren Lebensjahren in dieser Zeit, erklärte Dr. Stephan Kühntopf vom BiB gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“. So wirke die Rente mit 67, aber eben nur 18 Jahre lang. Aus den Berechnungen werde deutlich, dass die Rente mit 67 nur ein Zwischenschritt sein könne und es in 10 bis 15 Jahren weiteren Reformbedarf geben werde, prophezeite der Volkswirt. Nach den Zahlen des Instituts bekommt ein Mann, der 1946 geboren wurde und mit 65 in Rente geht, noch 18,8 Jah-



re seine Altersbezüge, während es bei den Frauen aufgrund der höheren Lebenserwartung noch 22,2 Jahre wären. Die Rente mit 67 wirke sich verkürzend auf die Bezugsdauer der Rente aus – um durchschnittlich ein Vierteljahr bei Männern und Frauen. Allerdings führe die gestiegene Lebenserwartung dazu, dass die nach 1964 Geborenen wieder auf längere Rentenzeiten hoffen können, weil sie eine längere Lebenserwartung aufweisen als die Generationen vorher.

Für den Familiensoziologen Prof. Dr. Norbert F. Schneider ergibt sich daraus, dass man künftig von der kalendrischen Orientierung der Rente weg solle. Er schlug im Gespräch mit dem „Wiesbadener Tageblatt“ eine individuellere Gestaltung des Renteneintrittsalters vor, da viele Arbeitnehmer bereit seien, über das Renteneintrittsalter hinaus zu ar-

beiten. Somit werde es zu einem flexiblen „Hinausgleiten“ aus der Arbeitswelt kommen und das bisherige Festhalten an einem starren Renteneintrittsdatum wäre nicht mehr gültig. Zudem solle man bei der umlagegestützten, gesetzlichen Rentenversicherung nicht nur an das Ende der Erwerbsphase denken, sondern auch an den Beginn. Würden junge Menschen im Schnitt ein oder zwei Jahre früher mit dem Erwerbsleben beginnen, so wären die Effekte vergleichbar mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters, betonte Prof. Schneider.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Überall Kinder – und trotzdem sinken die Geburtenzahlen: Dr. Martin Bujard und Dr. Stephan Kühntopf zu den Ursachen zwischen der gefühlten und der tatsächlichen Geburtenentwicklung bei „sueddeutsche.de“ vom 26. Juli 2012

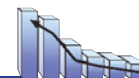
Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Geburten im Jahr 2011 mit 663.000 Kindern auf einem historischen Tiefststand angekommen – gleichzeitig festigt sich in der Öffentlichkeit die Wahrnehmung, dass die Zahl der Schwangeren und Kinderwagen überall zunimmt. Wie lässt sich diese Diskrepanz erklären? In einem Interview der Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ befassen sich Dr. Martin Bujard und Dr. Stephan Kühntopf vom BiB mit Erklärungsansätzen für den „gefühlten Kinderreichtum“.

Entscheidend sei zunächst einmal, dass Frauen heute immer später ihr erstes Kind bekommen – insbesondere gelte dies für die Akademikerinnen, erläuterte Dr. Bujard. Somit nehmen die 30- und Anfang 40-Jährigen in diesem Alter den zahlreicher werdenden Nachwuchs von Freunden und Bekannten wahr, gerade auch in Städten wie München, wo die Frauen im Durchschnitt erst im relativ hohen Alter von 32,4 Jahren ihr erstes Kind bekommen, ergänzte Dr. Kühntopf. Neben den absoluten Zahlen sei allerdings die Geburtenrate viel interessanter. So liegt sie etwa in München mit etwa 1,3 Kindern je Frau auf niedrigem Niveau, während hier die absoluten Geburtenzahlen sich auf hohem Niveau befinden.

Warum Studentenstädte mit einer Vielzahl an jungen Frauen wie beispielsweise Heidelberg bei der Geburtenra-

te das Schlusslicht bilden, liegt für Dr. Bujard an den familienunfreundlichen Rahmenbedingungen. Eine wissensbasierte Wirtschaftsstruktur mit wenig qualifizierten Teilzeitstellen und einem späten Ankommen in gesicherten beruflichen Positionen in Kombination mit wenig und teurem Wohnraum erschweren eine Familiengründung. Woran liegt es nun aber, dass in Regionen mit niedrigen Geburtenzahlen der Eindruck entsteht, es herrsche Kinderreichtum? Für Dr. Bujard spielt vor allem ein veränderter Blick auf Kinder und ein selbstbewussteres Auftreten von Eltern mit ihrem Nachwuchs eine Rolle: Junge Eltern verbringen mehr Zeit in der Öffentlichkeit als früher und die Kinder werden überall hin mitgenommen. Kinder hätten neue gesellschaftliche Sphären erobert und die starren Grenzen, innerhalb derer sie auftauchen, seien nicht mehr so abgeschottet, analysierte der Politikwissenschaftler. Hinzu komme ein expliziter Wandel der Politik, die nun mit zahlreichen familienpolitischen Maßnahmen versuche, die Geburtenrate zu beeinflussen. Diese Entwicklung bestärke auch die Eltern, sich in der Öffentlichkeit offensiver zu verhalten, so dass auch im öffentlichen Bewusstsein der Eindruck entstehe, überall seien Kinder.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Vorträge und Forschungsaktivitäten

Prof. Norbert F. Schneider zum Thema Zeit und Familie und dem Wandel des generativen Verhaltens

Der kürzlich von der Bundesregierung verabschiedete achte Familienbericht befasst sich mit dem Thema „Zeit für Familien“ und stellt die Bedeutung der Zeit für die Familienentwicklung heraus. Vor diesem Hintergrund veranstaltete der Lehrstuhl für Klinische Psychologie mit Schwerpunkt Kinder/Jugendliche und Paare/Familien der Universität Zürich am 24. August 2012 eine Tagung zum Thema „Zeit und Familie: Reflexion, Prävention und Intervention“, an der auch der Direktor des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider** mit einem Vortrag teilnahm. Er untersuchte den „Wandel der Familie in der Zeit und Zeit im Wandel der Familie“ und plädierte angesichts vorherrschender Zeitknappheit in der Gesellschaft aus unterschiedlichen Gründen für eine Harmonisierung von individuellen und sozialen Zeitstrukturen, um so die Familie zu fördern und eine Teilhabe am Familienleben und am sozialen Geschehen zu ermöglichen.

Bei der Konrad Adenauer Stiftung untersuchte **Prof. Schneider** am 6. September 2012 in Cadenabbia den Wandel des Generativen Verhaltens im Hinblick auf Trends, Ursachen und politische Implikationen. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wieso Deutschland seit 40 Jahren eine der niedrigsten Geburtenziffern weltweit aufweist und wie diese Entwicklung politisch verändert werden kann. Neben den Haupttrends des Wandels, wie u.a. einer strukturellen und distributiven Vielfalt der Lebensformen und einer steigenden Dynamik und Episodenhaftigkeit der Familienentwicklung gebe es aber auch Stabilitätskerne der Familie. Allerdings wirkten sich zahlreiche ökonomische, strukturelle und kulturelle Faktoren negativ auf das Geburtengeschehen aus. Hierzu zählten etwa zum Beispiel ökonomische Unsicherheiten und eine elternunfreundliche soziale Infrastruktur. Die Möglichkeiten, diese Entwicklung familien- und bevölkerungspolitisch positiv zu beeinflussen, hätten nur dann Erfolg, wenn es eine gesellschaftspolitische Gesamtstrategie gebe und nicht nur Einzelmaßnahmen, betonte der Familiensoziologe. Es gelte, eine Doppelstrategie zu entwickeln, die aus der Anpassung der gesellschaftlichen Strukturen an den demografischen Wandel und in der indirekten Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung zur Stabilisierung der bestehenden Strukturen bestehe. Damit biete der demografische Wandel auch die Chance zur Erneuerung.

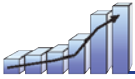
Andreas Mergenthaler: Gesundheitliche Ungleichheiten im Alter

Auf dem gemeinsamen Kongress der Deutschen Gesellschaft für medizinische Soziologie (DGMS) und der European Society for Health and Medical Sociology (ESHMS): „Gesundheitliche Ungleichheiten über den Lebenslauf“ in Hannover am 31. August 2012 hat **Dr. Andreas Mergenthaler** im Rahmen der Session „Health inequalities in later life“ Forschungsergebnisse zum Thema „Health resilience among the elderly: A conceptual approach and empirical findings to reduce health inequalities in later life“ vorgestellt.

Er zeigte zunächst, dass sich die Forschungen zu sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheit bislang auf die Bevölkerung im Erwerbsalter konzentrierten, was in der Literatur als „employment bias“ bezeichnet wird. Für die im Zuge des demografischen Wandels wachsenden Gruppen älter und hochaltriger Menschen liegen weitaus weniger empirische Befunde zu sozial ungleich verteilten Krankheits- und Sterblichkeitsrisiken vor. Zudem ist das begriffliche Instrumentarium zur Beschreibung und Erklärung gesundheitlicher Ungleichheiten in der nachberuflichen Lebensphase kaum entwickelt.

Er präsentierte in seinem Vortrag mit dem Konzept gesundheitlicher Resilienz einen begrifflichen Rahmen, der die bisherigen Ansätze um gesundheitliche Unterschiede und Ressourcen innerhalb sozialer Risikogruppen erweitert. Als resilient werden ältere Menschen bezeichnet, die eine gesundheitliche Anpassungsfähigkeit gegenüber sozioökonomischen Gesundheitsrisiken ausbilden und aufrechterhalten. Genauere Kenntnisse über diese Prozesse und die zugrunde liegenden personalen und sozialen Einflüsse sind für die Theorieentwicklung sowie für die Ableitung von Ansatzpunkten gesundheitlicher Interventionsprogramme mit dem Ziel der Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheiten bedeutsam.

Als Ergänzung der konzeptionellen Überlegungen präsentierte er auf der Grundlage des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) empirische Ergebnisse zu sozialer Ungleichheit gesundheitlicher Lebensqualität und den Einflüssen, welche Resilienz bzw. Anpassungsfähigkeit in einer Stichprobe 65-Jähriger und Älterer begünstigen. Die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen materiellen Wohlfahrt sowie einige Gesundheitslebensstile wirken sich günstig auf die gesundheitliche Anpassungsfähigkeit von Senioren aus unteren Statusgruppen aus. Die Vermeidung einer lebensstilbedingten Kumula-



tion gesundheitlicher Risikoverhaltensweisen und Einstellungen erhöht die Chance von Anpassungsfähigkeit im Sinne des Resilienzkonzeptes sowohl hinsichtlich der körperlichen Gesundheit der Männer als auch mit Blick auf die mentale Gesundheit der Frauen. Bei der mentalen gesundheitlichen Lebensqualität älterer Frauen kommen zudem die Größe des Freundes- und Verwandtschaftsnetzwerkes als gesundheitliche Schutzfaktoren in Betracht.

Andreas Ette: Europäisierung der deutschen Asylpolitik

Am 5. Juli 2012 hat **Andreas Ette** im Rahmen der diesjährigen Graduiertenkonferenz des European Consortium for Political Research (ECPR) in Bremen einen Vortrag zur Europäisierung der deutschen Asylpolitik gehalten. Ausgangspunkt des Vortrags war das Gemeinsame Europäische Asylsystem, dessen Etablierung bis Ende 2012 abgeschlossen werden soll und die weitere Harmonisierung der bisher national unterschiedlichen Flüchtlingsdefinitionen, Asylverfahren und Aufnahmebedingungen anstrebt. Die bisherigen Erklärungsansätze dieses Politikfelds bauen meist auf konstruktivistischen und intergouvernementalistischen Theorien auf, welche die europäische Kooperation für gewöhnlich durch den Regelungsgewinn nationaler Regierungen erklären. Danach bietet die europäische Zusammenarbeit die Möglichkeit, die Flüchtlings- und Migrationskontrolle effektiver – und damit auch meist restriktiver – zu gestalten, als das im rein nationalen Rahmen möglich wäre. Im Gegensatz dazu kam es in den vergangenen Jahren auf der europäischen Ebene zu einer ganzen Reihe von politischen Vorschlägen und Entscheidungen, die zwischenzeitlich auf nationaler Ebene zu einer partiellen Verbesserung des Schutzniveaus von Flüchtlingen geführt haben.

Andreas Ette: Arbeitsmigrationspolitik in Deutschland

Einen weiteren Vortrag hat **Andreas Ette** am 4. September 2012 in Passau im Rahmen der 42. Jahrestagung der University Association for Contemporary European Studies (UACES) gehalten. Gegenstand des Vortrags war die Entwicklung der Arbeitsmigrationspolitik in Deutschland. Während die Selbstbeschreibung Deutschlands als „Nicht-Einwanderungsland“ noch bis vor kurzem den politischen und öffentlichen Diskurs dominierte, hat sich im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts ein differenziertes System zur Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter entwickelt. Tradi-

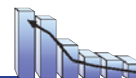
tionell werden politische Reformen mit Hilfe von Theorien aus dem Bereich der politischen Ökonomie erklärt, die insbesondere den Einfluss von Interessengruppen auf staatliche Regulierungsversuche in diesem Politikfeld betonen. In Ergänzung zu diesen Ansätzen betonte der Vortrag den Einfluss des europäischen Kontexts zur Erklärung des Zeitpunkts und der konkreten Ausgestaltung der nationalen Reformen in Deutschland.

Frank Swiaczny: Globale Bevölkerungstrends

Wie wird sich die Weltbevölkerung künftig weiter entwickeln? Vor dem Hintergrund des Anstiegs der Weltbevölkerung auf über 7 Milliarden Menschen Ende 2011 untersuchte **Frank Swiaczny** die globalen demografischen Trends in seinem Beitrag zum Thema „Global Population Trends - Divergence and Convergence“ im Rahmen der von der IGU Commission „Population Geography“ veranstalteten Sitzung unter Leitung von Prof. Paul Gans im Rahmen des International Geographical Congress in Köln am 28. August 2012. Die weltweite demografische Entwicklung, so konstatierte er, zeigte bei steigender Lebenserwartung, rückläufiger Fertilität und der raschen Zunahme des Anteils Älterer an der Bevölkerung in der Vergangenheit stets einen Trend zur Konvergenz zwischen unterschiedlichen Regionen und Entwicklungsständen. Auch in Zukunft sei damit zu rechnen, dass sich die regionalen demografischen Disparitäten weiter verringern werden, so Swiaczny. Allerdings deuteten neue Daten mittlerweile auch darauf hin, dass die künftigen Verläufe unter den Entwicklungsländern stärker divergieren könnten als bisher angenommen. Dies hänge stark mit der Umsetzung internationaler Entwicklungsziele zusammen und mache deutlich, wie wichtig beispielsweise Bildung oder Familienplanung für die Zukunft der Weltbevölkerung seien.

Forschungsaufenthalte

Vom 23. Juli bis 10. August 2012 arbeitete **Dr. Andreas Mergenthaler** im Rahmen eines Gastforscheraufenthaltes am Deutschen Zentrum für Altersforschung (DZA) in Berlin. Während seines Besuchs wurden die statistischen Auswertungen für das von Herrn Mergenthaler und Frau Wickenheiser verantwortete SPATIAL-Projekt („Sozialraum, freiwilliges Engagement und die Gesundheit älterer Menschen“) durchgeführt. Zum Abschluss des Aufenthalts stellte Herr Mergenthaler die Ergebnisse der Auswertungen im Rahmen eines Forschungskolloquiums vor und diskutierte sie mit den Kolleginnen und Kollegen des DZA. Der Vortrag trug den Ti-



tel „Freiwilliges Engagement und die Gesundheit älterer Menschen – Welche Rolle spielt das Wohnumfeld?“.

Michael Mühlichen, wissenschaftlicher Mitarbeiter im BiB, verbrachte im August 2012 einen Forschungsaufenthalt am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Ros-

tock, um sich mit seiner Forschungsarbeit zum Thema Säuglingssterblichkeit im 19. Jahrhundert weiter zu befassen.

Andreas Ette, Andreas Mergenthaler, Bernhard Gückel

BiB Online: Neues bei www.bib-demografie.de

Übersichtlicher und strukturierter: Die BiB-Homepage im neuen Glanz

Übersichtlicher und aufgeräumter präsentiert sich der neue Internetauftritt des BiB seit Ende September. Die vollkommen überarbeitete und neugestaltete Seite ist nun klarer und eindeutiger strukturiert. Im Mittelpunkt steht dabei die Rubrik „Aktuelle Mitteilungen“, in der sämtliche Neuigkeiten rund um das BiB wie neue Publikationen, Veranstaltungen oder Stellenangebote präsentiert werden. Die Publikationen des BiB, wie „Bevölkerungsforschung Aktuell“ oder die wissenschaftliche Zeitschrift „Comparative Population Studies“ sind zentral über Buttons anwählbar, gleiches gilt für die „Grafik des Monats“, die insbesondere für die Medien von hohem Interesse ist. Die Menüleiste mit den zentralen Themen ist an den Kopf der Seite „gewandert“, so dass der interessierte Nutzer direkt Zugang zu demografischen Daten und Befunden, Terminen und Forschungsergebnissen erhält. Darüber hinaus wird die Seite nun auch in englischer Sprache angeboten.

Bernhard Gückel, BiB



Literatur aus dem BiB

Neuer Band in der Reihe „Beiträge zur Bevölkerungsforschung“:

Band 43

Michael Windzio; Can M. Aybek:

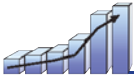
Erwachsenwerden in der Einwanderungsgesellschaft. Der Auszug aus dem Elternhaus bei jungen Erwachsenen türkischer und deutscher Herkunft.

Ergon-Verlag Würzburg 2012

In der vom BiB herausgegebenen Reihe „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“ ist ein neuer Band erschienen, in dem die Autoren Michael Windzio und Can M. Aybek auf der Grundlage der ersten Welle des Generations and Gender Survey die Auszugsprozesse bei einheimischen Deutschen und

türkischen Immigranten miteinander vergleichen. Sie untersuchen unter anderem, ob und welchen Einfluss Normvorstellungen und Wertorientierungen beider Generationen auf das Auszugsverhalten haben. Eine ausführliche Darstellung des Bandes folgt in der nächsten Ausgabe von „Bevölkerungsforschung Aktuell“.





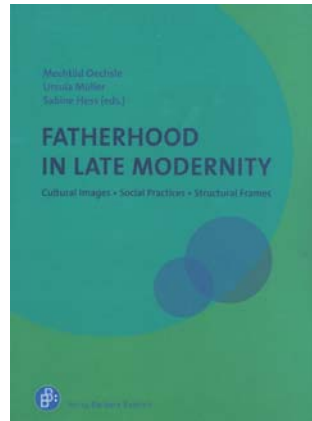
Norbert F. Schneider; Katharina S. Becker:

„Fatherhood in times of gender transformation – European perspectives.“

In: Mechthild Oechsel; Ursula Müller; Sabine Hess: Fatherhood in late modernity.

Verlag Barbara Budrich Opladen 2012

In ihrem Beitrag befassen sich die Autoren mit der Rolle von Vaterschaft in Zeiten der veränderten Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft aus europäischer Perspektive. Sie konstatieren eine zunehmende soziale Akzeptanz von Müttern und der Erkenntnis, dass ein Bedürfnis nach stärkerer Mitwirkung von Vätern am Familienleben besteht, wobei die gesellschaftlichen Bedingungen und traditionellen Einstellungen dem Wandel dieser Muster der Geschlechterverhältnisse meist noch entgegenstehen. Wie und ob sich diese Einstellungen und Strukturen verändert haben, zeigen sie unter anderem am Beispiel von Ergebnissen der European Value Study, in der auch die Zustimmung bzw. Ablehnung zu der Bemerkung: „Ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter arbeiten geht“ in sechs europäischen Ländern erfragt wurde. Bei den Antworten ergaben sich signifikante Unterschiede in den einzelnen Ländern. So zeigen sich hier Frankreich und Ostdeutschland in ihrer ablehnenden Haltung zu dieser Aussage deutlich moderner als Polen und Westdeutschland, die am anderen Ende des Spektrums klar konservative Einstellungen aufweisen: In beiden Ländern stimmen nämlich weit über die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass Kinder leiden, wenn die Mutter arbeitet. Gemeinsam ist allen sechs untersuchten Ländern ein Trend zu aktiverer Vaterschaft. Allerdings schreitet der Wandel zum einen langsamer voran als erwartet, und zum anderen läuft er in den unterschiedlichen Ländern auf sehr unterschiedlichen Niveaus ab, so dass eine Lücke zwischen den fortschrittlichen und den eher traditionellen Ländern existiert. Demnach spielen bei der Initiierung, der Geschwindigkeit und der Intensität des Wandels länderspezifische Besonderheiten, wie etwa das Bildungsniveau oder religiöse Anschauungen, eine wichtige Rolle. Für die Zukunft ist trotz dieses eher zögerlich verlaufenden Wandels von der Zunahme der Bedeutung aktiver Vaterschaft auszugehen.



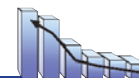
Norbert F. Schneider; Detlev Lück:

„Ausdifferenzierung von Mobilitäts- und Migrationsverhalten zur Sicherstellung dialogischer Beziehungen.“ In: Petra Buhr und Michael Feldhaus (Hrsg.): Die notwendige Vielfalt von Familie und Partnerschaft. Ergon Verlag Würzburg 2012

Gibt es Wechselwirkungen zwischen beruflicher Mobilität und der Pluralisierung privater Lebensformen, insbesondere des Familienlebens? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Beitrags von Norbert F. Schneider und Detlev Lück im Rahmen dieses Sammelbandes anlässlich des 60. Geburtstages des Soziologen Johannes Huinink. Vor dem Hintergrund zunehmend beruflich bedingter Mobilitätsanforderungen untersuchen die Autoren auf der Grundlage eines Konzepts von Huinink zur notwendigen Vielfalt von Strukturen, welchen Einfluss diese Entwicklung auf die Pluralisierung der Lebensformen hat. Zudem analysieren sie, ob das Theoriemodell Huininks dazu geeignet ist, diesen Zusammenhang zu erklären. Im Ergebnis stellen sie einen sehr wahrscheinlichen, aber begrenzten Beitrag beruflicher Mobilitätsanforderungen zur Pluralisierung privater Lebensformen fest. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass andere Einflüsse wie z.B. verlängerte Ausbildungszeiten, veränderte Ansprüche in der Partnerschaft oder erweiterte Möglichkeitsspielräume, etwa bei der sozialen Akzeptanz, die heutige Vielfalt der Lebensformen in einem stärkeren Maße mitverursacht haben als die Mobilität. Hinzu kommt, dass der Einfluss der beruflichen Mobilitätsanforderungen auf die Familienform nicht pauschal gilt. Deutliche Einflüsse zeigen sich vielmehr bei der Organisation des Familienalltags, wobei es hier zu geschlechterspezifischen Unterschieden bei der Belastung in der Haus- und Familienarbeit kommt.

Die Kernthese Huininks, wonach Mobilitätsanforderungen Herausforderungen des Arbeitsmarktes an die Familie darstellen, auf die diese reagieren muss, ist nach den Untersuchungen der Autoren im Einklang mit den empirischen Befunden. So kann eine Reaktion auf die Anforderungen für Mobilität eine Abweichung vom konventionellen Bild der Kernfamilie bedeuten, die wiederum zur Pluralität von Le-





bensformen beiträgt. Allerdings beschreibt diese These nur einen Teil der Ursachen für Pluralisierung, so dass das Theoriemodell Huininks als Ergänzung (und nicht als Ersatz) für

andere Ansätze (wie zum Beispiel den der Individualisierung oder des zweiten demografischen Übergangs) dient.

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies Aktuell



open access journal of the
federal institute for population research

Neue Beiträge bei CPOS August / September 2012

Neues Themenheft der „Comparative Population Studies“ zum Thema „Fertilitätsdynamik in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ online erschienen

Auf der Homepage der Comparative Population Studies kann ab sofort die aktuelle Ausgabe des Heftes 2-3/2011 heruntergeladen werden. Mit den beiden hier noch kurz vorgestellten Beiträgen ist das Themenheft komplett. Im Mittelpunkt des Bandes stehen Analysen und Hintergründe zur Fertilitätsdynamik in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Die anderen Beiträge des Heftes wurden bereits in der letzten Ausgabe von Bevölkerungsforschung Aktuell 04/2012 vorgestellt.

Tomáš Sobotka:

Fertilität in Österreich, Deutschland und der Schweiz: Gibt es ein gemeinsames Muster?

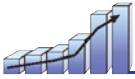
Dieser Artikel betrachtet wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Perioden- und Kohortenfertilität in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Diese drei Länder haben eine lange gemeinsame Geschichte mit geringer Fertilität und gehören gegenwärtig zu den Ländern mit den niedrigsten Kohortenfertilitätsziffern der Welt. Die Studie beleuchtet die immer noch bestehenden Unterschiede von Fertilitäts- und Familienstrukturen zwischen Ost- und Westdeutschland, die ihren Ursprung in den Gegensätzen vor der Wiedervereinigung haben und teilweise den weiter bestehenden unterschiedlichen Normen und Rahmenbedingungen in Bezug auf Kinderbetreuung, Lebensformen und Müttererwerbstätigkeit zugeordnet werden können. Die bemerkens-

wert stabile Periodenfertilität während der letzten 30 Jahre (ausgenommen Ostdeutschland) wird mit Hilfe verschiedener Indikatoren dargestellt und vor dem Hintergrund der jüngsten Umkehr der Fertilitätsentwicklungen in Europa diskutiert. Diese Stabilität der Fertilitätsniveaus kontrastiert mit dem langfristigen Trend, dass Geburten in weniger stabilen Lebensformen (insbesondere in Ostdeutschland) zunehmen, einschließlich eines hohen Anteils an alleinerziehenden Müttern. Die Studie beschäftigt sich auch mit dem relativ geringen, aber beständigen negativen Einfluss des gegenwärtigen Aufschubs hin zu einer späteren Geburt auf die Periodenfertilität in dieser Region. Sie stellt den Bildungsgradienten in Bezug auf die Fertilität in den Vordergrund, der weitestgehend dem erhöhten Anteil Kinderloser bei Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss zuzuordnen ist. Generell haben Migrantinnen höhere Geburtenziffern als im Inland geborene Frauen, aber per saldo hat diese positive Auswirkung auf die Gesamtgeburtenziffer abgenommen und kann für Deutschland vernachlässigt werden. Eine abschließende Diskussion deutet darauf hin, dass Österreich, Deutschland und die Schweiz ein gemeinsames Muster der Fertilität auf einem niedrigen Niveau aufweisen, was diese Länder von anderen Regionen Europas unterscheidet.

Tomáš Sobotka, Kryštof Zeman, Ron Lesthaeghe, Tomas Frejka, Karel Neels:

Aufschieben und Nachholen von Geburten aus der Kohortenperspektive: Deutschland, Österreich und die Schweiz im europäischen Kontext

In den Industrieländern ist bei den Frauenjahrgängen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, ein Aufschub der Familiengründung auf einen späteren Zeitpunkt



sowie ein gleichzeitiger Rückgang des Fertilitätsniveaus zu beobachten. Wir untersuchen diese Veränderungen in Bezug auf den Fertilitätsrückgang im jüngeren Alter (Geburtenaufschub im jüngeren Alter) sowie den kompensierenden Fertilitätsanstieg im höheren Reproduktionsalter (Nachholen von Geburten). Wir verwenden paritätsspezifische Daten und erweitern zwei methodische Ansätze zur Bestimmung dieser Prozesse: 1) ein von Tomas Frejka et al. (2001, 2004) häufig verwendetes Basis-Bezugsmodell und 2) ein von Ron Lesthaeghe (2001) vorgeschlagenes relationales Modell. In unserem Beitrag konzentrieren wir uns auf drei überwiegend deutschsprachige Länder – Österreich, Deutschland und die Schweiz – und vergleichen diese mit ausgewählten europäischen Ländern sowie den USA. Wir demonstrieren die Relevanz dieser beiden Ansätze für die Erstellung von Szenarien zur Vorausschätzung der abgeschlossenen Kohortenfertilität von Frauen, die sich noch im Reproduktionsalter befinden. Wir zeigen mithilfe der drei Hauptindikatoren – Ausgangsfertilitätsniveau, absoluter Fertilitätsrückgang im jüngeren Alter und relativer Index des Nachholens von Geburten (recuperation index) im höheren Alter – dass jeder dieser Aspekte für die Erklärung der unterschiedlichen Kohortenfertilität in den einzelnen Ländern von Bedeutung ist. Das Nachholen spielt eine besonders wichtige Rolle, ist jedoch auch deutlich erkennbaren paritätsspezifischen Mustern unterworfen: Während alle untersuchten Länder ein ausgeprägtes Nachholen des Aufschubs von Erstgeburten verzeichnet haben, sind in Bezug auf das Nachholen der Zweitgeburten sowie insbesondere der Geburten dritter und höherer Ordnung markante Unterschiede zu erkennen. In Übereinstimmung mit diesen beobachteten Differenzen weichen die vorausgeschätzten Werte der abgeschlossenen Fertilität in fünf europäischen Ländern für die Anfang der 1980er Jahre geborenen Kohorten deutlich voneinander ab und reichen von 1,3 im niedrigsten Szenario für Spanien bis zu über 1,8 im höchsten Szenario für die Tschechische Republik.



Download der Texte unter

www.comparativepopulationstudies.com

Außerdem sind folgende neue Artikel online erschienen:

Irial Glynn:

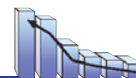
Stärkerer Einfluss, weniger Wohlwollen – Reaktion zwischenstaatlicher Organisationen in Westeuropa auf die unerwünschte Migration in wirtschaftlichen Krisenzeiten im Vergleich

Dieser Beitrag beleuchtet den Einfluss zwischenstaatlicher Organisationen auf die unerwünschte Migration in Westeuropa seit den 1930er Jahren. Dabei wird insbesondere auf die Entwicklungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten eingegangen, vor allem während der Großen Depression in den 1930er, der Rezession in den 1970ern und frühen 1980er Jahren sowie der gegenwärtigen globalen Krise im Finanzsektor. Bei den betrachteten zwischenstaatlichen Organisationen handelt es sich um den Völkerbund in den 1930ern sowie um die Europäische Kommission ab den 1970er Jahren. Die Einflussmöglichkeiten der Europäischen Kommission auf die Politik der westeuropäischen Staaten im Bereich der unerwünschten Migration sind seit den erfolglosen Ansätzen des Völkerbundes in den 1930ern beträchtlich gestiegen, vor allem im Vorfeld der aktuellen Wirtschaftskrise. Diesem Machtzuwachs steht jedoch ein geringer werdendes Wohlwollen seitens der Europäischen Kommission gegenüber, da Brüssel die unerwünschte Migration zunehmend aus dem Blickwinkel von Sicherheit und Justiz und nicht nur als soziales und kulturelles Thema betrachtet und damit nun einen Standpunkt einnimmt, der große Ähnlichkeit mit dem der westeuropäischen Staaten aufweist.

Christiane Kuptsch:

Die Wirtschaftskrise und Arbeitsmigrationspolitik in Europa

Im Rahmen dieses Beitrages werden Kursänderungen in der Migrationspolitik infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 sowie Aspekte des Migrationsmanagements untersucht. Europäische Länder entschlossen sich dazu, Neuzuwanderungen zu erschweren, ihre Arbeitsmärkte für einheimische Arbeitskräfte zu schützen, die Rückkehr von Arbeitsmigranten zu fördern und die irreguläre Migration verstärkt zu bekämpfen. Klare Muster oder Gründe für unterschiedliche politische Reaktionen sind nicht auszumachen, man kann aber mit Sicherheit sagen, dass nur Länder, die in der jüngeren Vergangenheit signifikante Migrationszuströme verzeichneten, überhaupt Maßnahmen mit hoher öffentlicher Wahrneh-



mung ergriffen haben. Die Krise hat zu einem Perspektivwechsel geführt, was den Staat und seine Rolle in Bezug auf die Wirtschaft betrifft, die nun als nützlich statt unerwünscht betrachtet wird. Die bisher vorherrschende neo-liberale Sicht billigte staatliches Handeln lediglich im Bereich der „Hohen Politik“ von Souveränitäts- bis Sicherheitsfragen. Die Krise hat Arbeitsmarktf Fragen in den Vordergrund gerückt; Migranten werden nun zunehmend als ökonomische Akteure anstatt als Sicherheitsrisiken betrachtet. Dies lässt dem Staat

Spielraum, seine Schutzfunktion gegenüber ausländischen Arbeitnehmern wahrzunehmen – eine begrüßenswerte Entwicklung. Die Analyse wurde aus dem Blickwinkel internationaler Beziehungen bzw. aus volkswirtschaftlicher Perspektive durchgeführt und beruft sich größtenteils auf (offizielle) Pressemitteilungen und Sekundärquellen.

.....
Texte: Die Autoren und Autorinnen

Personalien

Der Kuratoriumsvorsitzende des BiB, Prof. Dr. Norbert Walter, am 31. August 2012 gestorben

Völlig unerwartet ist am 31. August 2012 der Vorsitzende des Kuratoriums des BiB, Prof. Dr. Norbert Walter, im Alter von 67 Jahren verstorben. Er wurde im Oktober 2008 vom Bundesminister des Inneren zum Vorsitzenden des BiB-Kuratoriums ernannt und bestimmte seither die Entwicklung des Instituts in wesentlichen Bereichen mit.

Der studierte Ökonom hat sich während seiner jahrelangen Tätigkeit bei der Deutschen Bank immer wieder mit demografischen Problemen befasst. So interessierte er sich in diesem Zusammenhang unter anderem für die Problematik einer notwendigen Steigerung des Erwerbspersonenpotenzials vor dem Hintergrund einer immer älter und kleiner werdenden Bevölkerung in Deutschland.



Prof. Dr. Norbert Walter
1944-2012

Auch nach seinem altersbedingten Ausscheiden als Chefvolkswirt der Deutschen Bank war Prof. Walter bis zu seinem plötzlichen Tod ein überaus geschätzter Wissenschaftler. Auf wissenschaftlichen Kongressen und Veranstaltungen im In- und Ausland zeigte er sich als streitbarer, die Diskussionen stets bereichernder, Vollblutökonom. Er war ein beliebter Interviewpartner, weil es ihm stets gelang, komplizierte ökonomische Sachverhalte allgemeinverständlich zu erklären und immer offen und gerade heraus sagte, was seiner Meinung nach gesagt werden musste.

Prof. Walter hinterlässt seine Frau und zwei erwachsene Töchter. (Bernhard Gückel, BiB)

Veranstaltungen

„Deutschland, deine Kinder...“:

Informationsveranstaltung zum Thema „Fertilität“ des BiB am 15. Oktober 2012 für Mitarbeiter/innen von Behörden und Ministerien in Berlin

Wie bereits in der vergangenen Ausgabe von „Bevölkerungsforschung Aktuell“ vorab gemeldet, bietet das BiB auch in diesem Jahr eine Informationsveranstaltung zu demografischen Forschungsergebnissen für Mitarbeiter/innen von

Behörden und Ministerien am 15. Oktober 2012 im Bundesministerium des Innern (BMI) in Berlin an. Im Mittelpunkt stehen diesmal Analysen zur Geburtenentwicklung.

Nähere Infos zur Veranstaltung siehe nächste Seite.



Anfahrt

Information



Bundesinstitut
für Bevölkerungsforschung



Anreise mit der Bahn

- ab Berlin Hauptbahnhof: Alle S-Bahnen (Richtung Westkreuz, Potsdam, Spandau und Charlottenburg) bis Bellevue (ca. 5 Minuten)

- ab Bahnhof Friedrichstraße: Alle S-Bahnen (Richtung Westkreuz, Potsdam, Spandau und Charlottenburg) bis Bellevue (ca. 5 Minuten)

Verbindung mit der U-Bahn

- Linie U9 bis Turmstraße

Veranstaltungsort:

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Besucherzentrum
(bitte ausweisen)

Für Anmeldung und Fragen

wenden Sie sich bitte an:

Dr. Christian Fiedler

Tel.: (0611) 75-4511

Fax: (0611) 75-3960

Email: christian.fiedler@destatis.de



Friedrich-Ebert-Allee 4
65185 Wiesbaden

Telefon: +49 (0)611-75-2235

Telefax: +49 (0)611-75-3960

E-Mail: bib@destatis.de

Homepage: www.bib-demografie.de

Deutschland, deine Kinder ...

Analysen zur Geburtenentwicklung



15. OKTOBER 2012, BERLIN
BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

Programm

Anmeldung

13:00 Uhr

Dr. Jörg Bentmann
Abteilungsleiter G
Bundesministerium des Innern

Begrüßung

13:15 Uhr

Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Direktor des
Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB)

*Generatives Verhalten im Wandel:
Trends, Ursachen, politische Implikationen*

14:00 Uhr

Dr. Martin Bujard

*Trendwende oder Trendende?
Neue Erkenntnisse über die Geburtenentwicklung
bei Akademikerinnen*

14:30 Uhr

Ralina Panova

*Rushhour des Lebens:
Im Konflikt zwischen Berufswahl und Kinderwunsch*

15:00 Uhr

Dr. Detlev Lück

*Europa im Vergleich:
Wie lassen sich Fertilitätsunterschiede erklären?*

15:30 Uhr

Linda Beyreuther

*Almany'a'daki Türk kadınları:
Über das Geburtenverhalten türkischer Migrantinnen
in Deutschland*

Ende der Veranstaltung gegen 16 Uhr

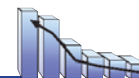
Name, Vorname	
Behörde/Institution	
Abteilung	
Telefon	
E-Mail	
Datum	
Unterschrift	

Anmeldung bitte bis spätestens 11.10.2012 per Fax an 0611-753960
Veranstaltung „Deutschland, deine Kinder ...“
15. Oktober 2012, Berlin (BM)

Deutschland, deine Kinder ...

Analysen zur Geburtenentwicklung

EINE VERANSTALTUNG DES BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG



Buch im Blickpunkt

Rabea Krätschmer-Hahn: Kinderlosigkeit in Deutschland.

Zum Verhältnis von Fertilität und Sozialstruktur.

Springer VS Verlag Wiesbaden 2012

Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Kinderzahl je Frau nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes 1,39 Kinder. Sie lag damit etwas höher als 2009 (1,36) und auf ähnlichem Niveau wie 2008 (1,38). Trotz dieses leichten Anstiegs verharret die Geburtenrate seit Anfang der 1970er Jahre kontinuierlich auf einem niedrigen Niveau. Verantwortlich hierfür sind nach Meinung der Autorin vor allem zwei Strukturveränderungen im familialen Bereich: zum einen die Zunahme dauerhafter Kinderlosigkeit und zum anderen der Rückgang der Zahl der Familien mit drei oder mehr Kindern.

Dieser Band untersucht aus soziologischer Perspektive den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sozialstrukturellen Prämissen und Kinderlosigkeit im Kontext von sozialer Ungleichheit in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen zwei Fragen: Welchen Einfluss haben Schichtzugehörigkeit und Lebensstil auf Kinderlosigkeit? In welchem Verhältnis steht die Interaktion zwischen Schichtzugehörigkeit und Lebensstil zur Kinderlosigkeit?

Vor diesem Hintergrund zeichnet **Kapitel 1** die Veränderung der Familien- und Fertilitätsdynamiken in Deutschland und Europa historisch nach und geht dabei auch auf die Besonderheiten der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland ein. Es zeigt sich, dass sich seit Mitte der 1960er Jahre das Bild der Familie in Europa maßgeblich gewandelt hat: Der Babyboom der Nachkriegszeit endete und das bis dahin vorherrschende Ehe- und Familienmodell veränderte sich im Hinblick auf steigende Scheidungszahlen, einer Abnahme von Heiraten und einer Zunahme der Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Gleichzeitig sanken in nahezu allen europäischen Ländern die Geburtenzahlen, verbunden mit einem Anstieg des Lebensalters der Frauen bei der

Erstgeburt. Im Falle Deutschlands zeigten sich insbesondere zwischen West- und Ostdeutschland deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Fertilität. So war der Westen geprägt von einem Aufschub des Geburtenalters und einem Anstieg der Kinderlosigkeit bei den jüngeren Kohorten, während die Familiengründung im Osten weiterhin um mehrere Jahre früher im Lebenslauf erfolgte und sich relativ

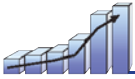
stabil auf einem konstant niedrigen Niveau bewegte. Nach der Wiedervereinigung kam es in Ostdeutschland zu einem deutlichen Anstieg des Alters der Frauen bei der Erstgeburt, wobei sie immer noch jünger waren als die Mütter im Westen und seltener kinderlos blieben, so dass letztlich nicht von einem „gesamtdeutschen“ Muster der Fertilitätsentwicklung gesprochen werden kann und es bei der Analyse einer Trennung in Ost- und West bei der Untersuchung der Kinderlosigkeit bedarf.

Mit dem Stand der Kinderloskeitsforschung befasst sich **Kapitel 2**. Die Vielzahl der vorhandenen theoretischen Ansätze und empirischen Studien wer-

den von der Autorin vorgestellt und in Themenschwerpunkten gebündelt. In ihrem Zwischenfazit betont sie, dass Familiengründung heute voraussetzungsreich ist, indem die Entscheidung zur Elternschaft bewusst geprüft und die Vor- und Nachteile abgewogen werden. Dabei ist Kinderlosigkeit selten gewollt, sondern das Resultat eines immer wiederkehrenden „flexiblen“ Aufschiebens der Familiengründung. Aus der vorhandenen Vielzahl divergierender und zum Teil sich widersprechender Erklärungsansätze zeigt sich ihrer Meinung nach, dass das Fertilitätsverhalten ein vielschichtiges Problem ist. Das Ausmaß an Kinderlosigkeit variiert mit dem historischen und gesellschaftlichen, strukturellen wie kulturellen Kontext.

Mithilfe den Konzepten der sozialen Schichtung sowie der Lebensstilforschung formuliert sie in **Kapitel 3** ihre beiden zentralen Hypothesen. Erstens: Variiert die Wahrscheinlich-





keit für endgültige Kinderlosigkeit je nach sozialer Schichtzugehörigkeit? Und zweitens: Fördern, bzw. verhindern bestimmte Lebensstile endgültige Kinderlosigkeit?

Auf der Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels werden dann die Hypothesen empirisch analysiert, wobei zunächst die soziale Schichtzugehörigkeit von Kinderlosen betrachtet wird. Sie erörtert, wie soziale Schicht als theoretisches Konstrukt empirisch erfasst werden kann. Dann wird gezeigt, welchen Einfluss soziale Schichtzugehörigkeit und Lebensstildimensionen auf die Wahrscheinlichkeit haben, endgültig kinderlos zu bleiben und zwar getrennt für Männer und Frauen in Ost- und Westdeutschland sowie westdeutsche Paare. In ihren Analysen wird der in der Forschungsliteratur oft beschworene Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und Kinderlosigkeit bestätigt: Je höher das Ausbildungsniveau der Partner, desto höher ist auch ihre Wahrscheinlichkeit, endgültig kinderlos zu bleiben. Aus den Daten lässt sich zudem schließen, dass die Wahrscheinlichkeit, endgültig kinderlos zu bleiben, signifikant steigt, wenn die Frau höher ausgebildet ist als der Mann. Außerdem wird dargelegt, dass die Frauen eine größere Einflussnahme bei der Fertilitätsentscheidung haben als die Männer, da ihre Fertilitätsmuster ins Paar übertragen werden. Die Frage, ob es einen klaren Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Kinderlosigkeit gibt, muss differenziert betrachtet werden: So zeigt sich für die westdeutschen Frauen ein klarer Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Kinderlosigkeit, während in Ostdeutschland die Unterschiede in den einzelnen Schichten nicht so ausgeprägt sind. Sie konstatiert, dass hier bei den Frauen kein signifikanter Zusammenhang zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und Kinderlosigkeit feststellbar ist, bei den Männern hingegen schon.

Die Frage, inwieweit die Lebensführung im Hinblick auf vier Dimensionen (Geselligkeit, Freizeitaktivitäten, Ehrenamtliches Engagement, Zufriedenheit der Befragten) einen Einfluss auf das Fertilitätsverhalten hat, wird von ihr eindeutig beantwortet: Sie zeigt, dass für die westdeutschen Paare keine der untersuchten Lebensstildimensionen einen signifikanten Einfluss darauf hat, ob die Paare kinderlos bleiben oder nicht.

In **Kapitel 4** werden die wichtigsten Ergebnisse aus der empirischen Analyse mit Bezug auf den zugrunde liegenden theoretischen Rahmen vorgestellt. Im Mittelpunkt steht hier die Frage, welche der beiden Modelle – also Schichtzugehörigkeit und Lebensstil – größere Erklärungskraft für die Analyse von endgültiger Kinderlosigkeit hat. Die Antwort hängt nach Ansicht der Autorin davon ab, ob Männer, Frauen oder Paare untersucht werden. Bei den Paaren kann festgestellt werden, dass hier das Niveau der Schichtzugehörigkeit eine Rolle spielt, dass heißt, je höher die soziale Schicht eines Paares, desto größer die Wahrscheinlichkeit kinderlos zu bleiben. Der Einfluss der Lebensstile spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Die Autorin schließt daraus, dass der Zugang zu ökonomischen Mitteln und Arbeitsmarktintegration wichtige Determinanten bei der Familiengründung und damit auch für endgültige Kinderlosigkeit sind. Insgesamt zeigen die Analysen, dass endgültige Kinderlosigkeit sozialen Regelmäßigkeiten unterworfen ist, die hier mit der sozialen Schichtzugehörigkeit als maßgeblicher Determinante und dem Lebensstil als weniger wichtigem Einflussfaktor identifiziert worden sind. Kinderlosigkeit ist somit kein genuin individuelles Fertilitätsverhalten, sondern unterliegt sozialen Mechanismen, die aus der Position im Sozialgefüge resultieren.

Bernhard Gückel, BiB

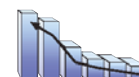
Aktuelle Literatur kurz vorgestellt

Neue Ausgabe der „Zeitschrift für Familienforschung“ mit dem Schwerpunktthema „Frühe Förderung in der Familie“

Die Ausgabe 02/2012 der Zeitschrift für Familienforschung ist erschienen. Sie befasst sich mit dem Schwerpunktthema „Frühe Förderung in der Familie“. Die Beiträge der Ausgabe im Einzelnen:

- Hans-Peter Blossfeld; Hans-Günther Roßbach: Neue Herausforderungen für die Kindertagesstätten: Professionalisierung des Personals in der Frühpädagogik;

- Jenny Goff, Maria Evangelou; Kathy Sylva: Die Ansichten der Eltern über ihre Teilnahme an einem kleineren Frühinterventionsprogramm in Großbritannien, das das Lernverhalten ihrer Kinder unterstützt: The Early Learning Partnership Project;
- Simone Lehl; Susanne Ebert; Hans-Günther Roßbach; Sabine Weinert: Die Bedeutung der familiären Lernumwelt für Vorläufer schriftsprachlicher Kompetenzen im Vorschulalter;



- Julia Jäkel; Dieter Wolke; Birgit Leyendecker: Resilienz im Vorschulalter: Wie stark kann die familiäre Leseumwelt biologische und soziokulturelle Entwicklungsrisiken kompensieren?
- Frank Niklas; Wolfgang Schneider: Einfluss von „Home Numeracy Environment“ auf die mathematische Kompetenzentwicklung vom Vorschulalter bis Ende des 1. Schuljahres;
- Lena Friedrich; Adelheid Smolka: Konzepte und Effekte familienbildender Angebote für Migranten zur Unterstützung frühkindlicher Förderung.

Gabriele Doblhammer; Anne Schulz; Juliane Steinberg; Uta Ziegler (Hrsg.):

Demografie der Demenz

Verlag Hans Huber, Bern 2012

Der stetige Anstieg der Lebenserwartung ist eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sie stellt die Generationen des 21. Jahrhunderts allerdings auch vor immensen Herausforderungen. Eine neue Aufgabe ist der frühe und verantwortungsvolle Umgang mit dem Wissen, dass die Krankheit Demenz in einer alternden Gesellschaft wachsende Bedeutung erlangen wird. In diesem Handbuch sind Fakten, Definitionen und Daten zur Demenz aus demografischer Perspektive verknüpft mit Erkenntnissen anderer Wissenschaftsdisziplinen zusammengetragen. So wird aufgezeigt, welche demografischen Hintergründe die Entwicklung der Demenz in der Vergangenheit beeinflusst haben und welche sie in Zukunft prägen werden. Aufbauend auf einer medizinischen Darstel-



lung der Erkrankung Demenz wird ein ausführlicher Überblick über die Prävalenzen und Inzidenzen in Deutschland und international gegeben. Dabei wird die Datenlage kritisch betrachtet. Prognosen der Zahl der Demenzpatienten und der Kosten der Demenz zeigen zudem mögliche Zukunftsszenarien auf. Außerdem werden Konsequenzen diskutiert, die die zunehmende Zahl der Demenzerkrankten für die sozialen Sicherungssysteme, die Pflegeformen und die betroffenen Familien haben können. (Verlagstext)

Helen Baykara-Krumme; Andreas Motel-Klingebiel; Peter Schimany (Hrsg.):

Viele Welten des Alterns.

**Ältere Migranten im alternden Deutschland
Springer VS Verlag Wiesbaden 2012**

In der Altersforschung wurden Menschen mit Migrationshintergrund bisher weitgehend ausgeblendet und in der Migrationsforschung fanden ältere Menschen kaum Beachtung. Angesichts des zunehmenden Anteils Älterer in der Migrantenbevölkerung wird eine Verknüpfung der beiden Forschungszweige aber immer wichtiger. Das vorliegende Buch widmet sich der Auseinandersetzung mit dem Altern unter Migrationsbedingungen und der Lebensqualität älterer Migrantinnen und Migranten. Auf der Basis theoretischer Reflexionen, empirischer Befunde und politischer Überlegungen bietet der vorliegende Band erstmals einen fundierten Überblick über den aktuellen Kenntnis- und Diskussionsstand im Schnittpunkt der beiden Forschungsgebiete. (Verlagstext)



Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 33. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: bib@destatis.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0520127

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bib-bev-aktuell@destatis.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 5/2012 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.